

Gärtner=Zeitung.

Zentralorgan für die Interessen aller im Gartenbau und in der
Blumen- und Kranzbinderei tätigen Personen.

Offizielles Organ des

Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins (Sitz: Berlin)

(seit dem 1. Januar 1904 mit der Deutschen Gärtner-Vereinigung vereinigt).

Mitglieder des Allg. Deutschen Gärtner-Vereins erhalten die Zeitung gratis.

Erscheint
wöchentlich jeden
Sonnabend.
Jährlich
52 Nummern.

Abonnements
nehmen alle Post-
anstalten entgegen.
Preis vierteljährlich
3.90 Mark.

Redaktion und Expedition:
Berlin N. 37, Metzger Strasse No. 3.

Eigentümer und Herausgeber:
Hauptvorstand des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins.

Redaktionschluss:
Jeden Dienstag Morgen.

An die Mitglieder und die örtlichen Verwaltungen des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins!

Der Hauptvorstand und der Ausschuß des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins berufen hiermit auf Grund des § 29 der Statuten eine

Ausserordentliche General-Versammlung des Allgem. Deutschen Gärtnervereins

auf Donnerstag, den 12. August 1909 und folgende Tage, vormittags 8 Uhr, nach Berlin, Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, ein.

Die Tagesordnung ist vorläufig wie folgt aufgestellt:

1. **Eröffnung und Konstituierung der Generalversammlung.** Wahl der Mandatsprüfer und sonstiger Kommissionen.
2. **Geschäfts- und Tätigkeitsbericht.** Hauptvorstand (Georg Schmidt). Revisoren (H. Dockhorn). Ausschuß (R. Rinke). Presse (Otto Albrecht).
3. **Agitation und Organisation.** a) Allgemeines (Referent: Josef Busch-Hamburg). b) Herrschaftsgärtnerei (Referent: Jakob Löcher-Grünwald-Berlin). c) Stadtgärtnerei (Referent: Eugen Kaiser-Frankfurt a. M.).
4. **Beitrags- und Unterstützungswesen.** (Referent: Wilhelm Janson-Berlin).
5. **Lohnbewegungen und Streiks** (Referent: Ludwig Haucke-Leipzig).
6. **Unsre Forderungen an die sozialpolitische Gesetzgebung** (Referent: Otto Albrecht-Berlin).
7. **Internationale Organisation der Gärtner.**
8. **Statutenberatung und sonstige Anträge.**
9. **Wahlen.**

Die Anträge mußten bis spätestens 26. Juni 1909 in den Händen des Hauptvorstandes sein, und sind selbige in der heutigen Nummer veröffentlicht.

Für die Generalversammlung gelten die §§ 27 bis 35 der Statuten. Zur Berechnung der Anzahl der auf jeden Agitationsbezirk entfallenden Delegierten wird die Zahl der in den letzten vier Vierteljahre verkauften Beitragsmarken zugrunde gelegt. Es kommt hier das III. und IV. Vierteljahr 1908 und das I. und II. Vierteljahr 1909 in Betracht.

Daher ersuchen wir dringend, dafür zu sorgen, daß alle Mitglieder ihren Beitragspflichten pünktlich nachkommen.

Die Abrechnungen des zweiten Vierteljahres 1909 müssen bis spätestens 10. Juli 1909 beim Hauptvorstande eingeleistet sein. Später einlaufende Abrechnungen können bei der Berechnung der Delegiertenzahl nicht mehr berücksichtigt werden.

Berlin und Dresden, im April und Juni 1909.

Der Hauptvorstand: I. A.: Georg Schmidt.

Der Ausschuß: I. A.: Paul Maetzke.

Anträge zur Außerordentlichen Generalversammlung.

Die nachfolgend verzeichneten Anträge sind bei der Hauptverwaltung rechtzeitig eingegangen. Sollten noch nachträglich welche einlaufen, so können diese nur dann mit zur Beratung kommen, wenn die Generalversammlung deren Dringlichkeit beschließt.
Der Hauptvorstand.

Zur Tagesordnung.

1. **Hamburg.** Die Tagesordnung der Generalversammlung wie folgt abändern: Punkt 1 und 2 bleiben bestehen. Punkt 3: Beitrags- und Unterstützungswesen. Punkt 4: Statutenberatung und sonstige Anträge. Punkt 5: Wahlen. Punkt 6: Agitation und Organisation. Punkt 7: Lohnbewegungen und Streiks. Punkt 8: Unsre Forderungen an die sozial-politische Gesetzgebung. Punkt 9: Internationale Organisation der Gärtner.

Geschäfts- und Tätigkeitsbericht.

a) Hauptvorstand.

2. **Hamburg.** Über die von der Organisation wegen Schädigung des Vereins ausgeschlossenen Mitglieder ist von der Hauptverwaltung ein Verzeichnis anzulegen. Dieses ist zeitweise allen Zweigvereinen zuzusenden.

b) Ausschuß.

3. **Frankfurt a. M.** Der Sitz des Ausschusses ist von Dresden nach Hamburg zu verlegen.

4. **Hamburg.** Der Ausschuß ist nach Hamburg zu verlegen.

c) Presse.

5. **Frankfurt a. M.** Der Redakteur hat mehr als bisher mit den Massenfühling zu nehmen, um jederzeit zu dem, was die Mitglieder bewegt, Stellung nehmen zu können.

6. **Mannheim.** Die Redaktion möge die Beschlüsse der Bezirkskonferenz, betreffend Artikel über Verhältnisse der Gärtner und Gartenarbeiter in Gemeindebetrieben, in Zukunft mehr berücksichtigen.

7. **Leipzig.** Die Gen.-Vslg. wolle beschließen, daß wichtige Verslg.-Berichte, Beschlüsse oder Resolutionen, welche dem Hauptvorstande mit dem Verlangen um Veröffentlichung in der Zeitung übersandt werden, unverzüglich zum Abdruck gelangen müssen.

8. **Hamburg.** Die Zeitung erscheint eine Woche 8seitig, die andre Woche 4seitig. In der 8seitigen Nr. erscheint das Feuilleton und die Fachwissenschaft.

9. **Hamburg.** Die Kosten der Zeitung sind zu vermindern durch Verwendung andern Papiers.

10. **Coblenz.** Die Zeitung möge in Zukunft

geheftet werden, um das lästige Herausfallen der Blätter zu vermeiden.

Agitation und Organisation.

a) Allgemeines.

11. **Dortmund.** Namen unserer Organisation umändern in: „Zentralverband der Gärtner und Gartenarbeiter und der in der Blumenbinderei beschäftigten Personen.“

12. **Frankfurt a. M.** Die Organisation führt den Namen: „Zentralverband deutscher Gärtner und Gartenarbeiter.“

13. **Hannover.** Der Name „Allgem. Deutsch. Gärtner-Verein“ ist fallen zu lassen und an seine Stelle ist „Zentral-Verband der Gärtner“ zu setzen.

14. **Heilbronn a. N.** Gen.-Vslg. möge dahin wirken, daß ein Zusammenschluß der beiden Verbände „A. D. G. V.“ und „Land-, Wald- und Weinbergs-Arbeiter“ baldmöglichst zustande kommt, da ein gemeinsames Arbeiten doch weit mehr Früchte bringt, als wenn der eine hier und der andre dort fischt; auch werden dadurch sehr viele Grenzstreitigkeiten in Wegfall kommen.

15. **Frankfurt a. M.** Der III. Agitationsbezirk gibt Württemberg an den IV. Bezirk ab.

16. **Hamburg.** Der Posten eines zweiten Angestellten im 5. Agitationsbezirk wird zum 1. Oktober 1909 aufgehoben.

17. Hamburg. Der Posten eines besoldeten Bezirksleiters im 4. Bezirk wird zum 1. Oktober 1909 aufgehoben und an den Bezirk dafür ein Zuschuß von höchstens 500 Mk. jährlich gezahlt.

18. Hamburg. Jede weitere Vermehrung der Beamten ist für die nächste Geschäftsperiode zu unterlassen.

19. Dortmund. In den östlichen Provinzen ist die Agitation intensiver zu betreiben.

b) Herrschaftsgärtnerei.

20. Berlin. Es ist eine Sektion für selbstständige Privatgärtner zu schaffen; für diese Sektion vorläufig den 30 Pfg.-Beitrag zuzulassen.

NB. Hierzu gehören auch noch die Anträge Nr. 27 a und b, 43.

c) Stadtgärtnerei.

Hierzu mit beachten die Anträge Nr. 27 und 43.

Beitrags- und Unterstützungswesen.

(Der Hauptvorstand erhebt seine in Nr. 23 d. Ztg. veröffentlichte Vorlage zum Antrag).

21. Barmen-Elberfeld. Der Grundbeitrag beträgt Klasse I (weibliche Mitglieder und schlecht bezahlte Orte) 30 Pfg., Klasse II 40 Pfg., Klasse III 45 Pfg.

22. Barmen-Elberfeld. Die Aufnahmegebühr für weibliche Blumengeschäftsangestellte beträgt 50 Pfg.

23. Barmen-Elberfeld. Die Streikunterstützung ist in Klasse II und III gleichmäßig. Für Ledige 10 Mk., Verheiratete 12 Mk.

24. Barmen-Elberfeld. Im Unterstützungsreglement ist ein Paragraph einzuschalten, welcher Gemäßregelten-Unterstützung in gleicher Höhe als Streikunterstützung gewährt nach sechsmonatlicher Mitgliedschaft.

25. Barmen-Elberfeld. Im Unterstützungsreglement § 7, Abs. 2, 9. Zeile das Wort „tarifmäßigen“ zu streichen.

26. Krause-Barmen. In der Beitragsklasse III, 45 Pfg. pro Woche, wird an Arbeitslosen- oder Reiseunterstützung gewährt:

Table with 4 columns: Nach, Bezugszeit, pro Tag, pro Woche, pro Jahr. Rows for 52, 104, 156, 208, 260.

27. Berlin. Zur Beitrags- und Unterstützungsfrage stimmen wir im allgemeinen der Vorlage des Hauptvorstandes mit folgenden Änderungen zu:

- a) wenn für Gutsärtner eine besondere Klasse gebildet wird, so ist diesen die Umzugsunterstützung auch als Arbeitslosenunterstützung zu zahlen; b) Krankengeldzuschuß wird nur bei Lohnausfall gezahlt; c) bei der Erledigung des Stellennachweises ist darauf zu achten, daß Unterstützung beziehende Kollegen ihnen angebotene Stellen, soweit

dieselben als tarifmäßig gelten, anzunehmen haben. Bei Nichtbefolgung dieser Anordnung kann den betr. Kollegen die Unterstützung auf 8 Tage entzogen werden.

28. Berlin. Streikunterstützung. Bei 40 Pfg. Beitrag folgende Sätze zu gewähren: Ledige 11 Mk. pro Woche, Verheiratete 13 Mk. pro Woche. Bei 45 Pfg. Beitrag für Ledige 12 Mk. pro Woche, Verheiratete 14 Mk. pro Woche; dazu die Sätze für Kinder. Für Mitglieder unter 1/2-jähriger Mitgliedschaft für Ledige 8 Mk., Verheiratete 10 Mk.

29. Chemnitz. Der bisherige Grundbeitrag ist um 5 Pfg. zu erhöhen, die Unterstützungen in der bisherigen Höhe zu belassen.

30. Chemnitz. Der freiwilligen höheren Beitragsklasse von 45 Pfg. des H.-V.-Entwurfes wird zugestimmt.

31. Chemnitz. Zum Unterstützungsreglement des Entwurfes des H. V. wird beantragt, daß den Ortskassen von den Eintrittsgeldern 80 Proz. wie bisher verbleiben.

32. Coblenz. Unterstützung beträgt: bei 35 bis 40 Pfg. Beitrag

Table with 4 columns: Wochenbeiträge, Bezugszeit, Tagessumme, Jahressumme. Rows for 52, 104, 156, 208, 260.

Table with 4 columns: Wochenbeiträge, Bezugszeit, Tagessumme, Jahressumme. Rows for 52, 104, 156, 208, 260.

33. Coblenz. Den Zweigvereinen in rückständigen Lohngebieten verbleiben 20 Proz. der Einnahmen, um Lokalzuschläge zu vermeiden; wo Beamte stationiert, desgleichen Filialen in fortgeschritteneren Lohngebieten behalten nur 15 Proz. der Einnahmen am Orte.

34. Dortmund. Die Unterstützungen werden schon vom 5. Tage ab gezahlt.

35. Dortmund. Das Sterbegeld soll betragen nach fünfjähriger Mitgliedschaft 30 Mk., nach achtjähriger 60 Mk. und nach zehnjähriger 80 Mk.

36. Dresden. Staffelbeiträge einführen. Denselben sollen die Wochenlöhne zu Grunde gelegt werden und zwar:

- 1. Beitragsklasse pro Woche 30 Pfg. Grundbeitrag bei einem Wochenlohn bis 15 Mk. 2. Beitragsklasse pro Woche 35 Pfg. Grundbeitrag bei einem Wochenlohn von über 15 Mk. bis 18 Mk. 3. Beitragsklasse pro Woche 40 Pfg. Grundbeitrag bei einem Wochenlohn über 18 Mk.

37. Dresden. Unterstützungsordnung neu regeln entsprechend den Beitragsklassen.

Table with 4 columns: nach, Beitr., für, Tage. Rows for 52, 104, 156, 208, 260.

Table with 4 columns: nach, Beitr., für, Tage. Rows for 52, 104, 156, 208, 260.

Table with 4 columns: nach, Beitr., für, Tage. Rows for 52, 104, 156, 208, 260.

38. Dresden. Unterstützung soll nur für die Wochentage und für in der Woche fallende Feiertage ausbezahlt werden nicht für Sonntage.

39. Dresden. Erkrankten Mitgliedern, die Krankengeld aus einer Krankenkasse nicht erhalten, wird bei Arbeitsunfähigkeit Arbeitslosenunterstützung gezahlt.

40. Dresden. Krankengeld auf 4,- Mark pro Woche erhöhen, aber nur bei Krankenhausbehandlung auszahlen.

41. Düsseldorf. Der Grundbeitrag wird auf 45 Pfg. erhöht. Für rückständige Lohngebiete kann er nach Anordnung des Haupt- und Bezirksvorstandes auf 35 Pfg. festgesetzt werden.

42. Düsseldorf. Die Unterstützungsfrage ist nach den in Nr. 24 der A. D. G.-Ztg. von Koll. Link gemachten Vorschlägen zu regeln und zwar: Bei 35 Pfg. Grundbeitrag (also 40 bis 45 Pfg. insgesamt)

Table with 4 columns: Nach einer Beitragsleistung von Wochen, Dauer der Bezugszeit Tage, Summe pro Tag Mk., Summe pro Jahr Mk. Rows for 52, 104, 156, 208, 260.

In der Beitragsklasse III, 45 Pfg. pro Woche, wird an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung gewährt:

Table with 4 columns: Nach einer Beitragsleistung von Wochen, Dauer der Bezugszeit Tage, Summe pro Tag Mk., Summe pro Jahr Mk. Rows for 52, 104, 156, 208, 260.

Feuilleton.

Etwas vom Tanze.

Von Fritz Haaker, Hamburg.

(Schluß.)

Wieder auf mein Thema zurückzukommen, behaupte ich, daß der Tanz, Sonntag für Sonntag ausgeübt, uns keine Befriedigung gewähren kann. Aus alter Gewohnheit, weil es nun doch einmal Tanzmusik gibt, sucht man den Tanzsaal auf; und die Unternehmer stecken schmunzelnd die sauer verdienten Groschen ein. Und die Betrogenen sind wir, denn was tragen wir an geistigen Werten mit nachhause? Nichts! Denn die sich immer wiederholenden Tanzweisen im Verein mit alkoholischen Getränken wirken schließlich abstumpfend, für bessere, edlere musikalische Kost wird das Ohr dann zuletzt unempfindlich.

Keineswegs liegt in diesen Ausführungen die Absicht, den modernen Tanz als nachteilig zu verwerfen. Tanzveranstaltungen sind durch unsre heutigen Wirtschaftsverhältnisse bedingt; sie bieten fast die einzige Möglichkeit einer Annäherung der Geschlechter. Gegen die Mißstände und Nachteile der Tanzveranstaltungen, die das Proletariat in ihrer jetzigen Form ja vom Bürgertum übernommen hat, vermag der Einzelne nichts Ausschlaggebendes auszurichten. Nur die Masse, das allmählich erwachende Klassenbewußtsein vermag den kulturellen Aufstieg des Proletariats zu beschleunigen.

Also die Organisation soll helfen. Daß gute wirtschaftliche Verhältnisse die Grundlage zur Erringung einer hohen Kultur sein müssen, ist klar. Untersuchen wir aber einmal, wie weit es möglich

ist, unter den bestehenden Verhältnissen in unsern Berufe eine Hebung des kulturellen Niveaus anzustreben. Die Artikel über die Bildungsfrage boten ja Hinweise und Anregungen mancherlei; und es wäre nutzlos, wollte ich noch einmal mit schönen Worten die Herrlichkeiten der holden Kunst und der Erkenntnisse der Wissenschaft schildern; es wären Worte, die wohl mit Freude gelesen auch hier oder dort ein mitleidiges Lächeln oder Achselzucken hervorrufen würden, sonst aber weiter nichts bewirkten. Wie kann man aber auch verlangen, durch Worte jemand für die beschwerliche Reise nach einem herrlichen Lande zu begeistern, von dem er weiter nichts als Worte vernahm. Nein, wir müssen durch unsre Organisation unsre Kollegen mit diesem schönen Lande bekannt machen. Unsre Vereinsvergüngen bieten hierzu die beste Möglichkeit; hier sollte man den Mitgliedern statt Komikern mit ihren albernen Späßen und seichten Witzen echte wahre Kunst vorführen. Über die Reformierung unsrer Vereinsbälle ist ja auch schon in unsrer Zeitung geschrieben worden. Wo das Proletariat erstarkt ist, in großen Städten, haben sich zur Pflege der Kunst die Arbeiter in besonderen Vereinen zusammengeslossen, und ein großes Gebiet bietet sich ihnen für Bearbeitung, und einen unermeßlichen Wert für die Gesamtarbeiterschaft verkörpern solche Vereine in sich. Aber auch von unsrer Organisation aus könnte außer der zweckmäßigen Arrangierung der Vereinsbälle noch ein weiteres zur kulturellen Hebung der Mitglieder getan werden.

In den Großstädten, dort, wo die Mehrzahl der Kollegen schon in der Lage ist, den ganzen Sonntag für sich in Anspruch nehmen zu können, könnten gemeinschaftliche Ausflüge veranstaltet werden. Wir Hamburger haben uns vorgenommen, diesen Sommer häufiger solche Ausflüge zu machen. Wenn man das alte Vorurteil beiseite läßt, nämlich:

wegen Arbeiten des ganzen Wochentags in freier Natur könne der Gärtner Sonntags ruhig zuhause sitzen, so bieten solche Ausflüge eine unversehbare Quelle dauernder Freuden. Alle die angenehmen Eindrücke eines solchen Ausfluges hier wiederzugeben, ist nicht möglich. Doch sei gesagt, daß durch solche Ausflüge der kollegialische Geist in hohem Grade gepflegt wird; es ist ein großer Vorteil, wenn junge Kollegen bei dem Wort „Organisation“ nicht nur an rauchige Versammlungslokale, sondern auch an die Gesellschaft fröhlicher freier Menschen, die singend durch den frühlingsgrünen Wald ziehen, denken können. Ein Tag Aufenthalt in freier Natur, frei von allen Sorgen, ist eine Bereicherung unsres Innenlebens; von den Vorteilen körperlicher Art ganz zu schweigen. Soviel Schönheit, soviel Rhythmus bietet uns die Natur, wenn wir nur sehen wollten oder sehen könnten. Durch die Kunst lernen wir die Natur sehen und umgekehrt: den Weg zur echten Kunst ebnet uns die Natur. Die Kollegen in den Großstädten haben soviel Gelegenheit, für verhältnismäßig wenig Geld sich mit echter Kunst vertraut zu machen. „Ja“, werden nun vielleicht die Kollegen in den kleinen Orten und Handelsgärtnereien sagen, „auf welche Art sollen denn wir in das schöne Land gelangen, von dem ihr erzählt.“ Nun, auch hier läßt sich mit gutem Willen vieles machen. „Selbst angreifen“, heißt hier die Devise. Für 20 Pfennige ist jedesmal ein Kunstwerk aus Reklams Universalbibliothek erstanden. Hat man erst die Kraft erkannt, die die Werke unsrer großen Dichter in sich bergen, so verliert man unvergessliche Stunden der Freude, wenn man sich so an ein Kunstwerk heranmacht und es mit verteilten Rollen liest. Ich möchte nur erwähnen die Meisterwerke Lessings, Schillers und Goethes. (Wenn man geneigt ist, aus diesen Ausführungen ein Umschwenken in das Lager des Kollegen Zerfaß zu

43. Düsseldorf. Gewährung von Krankenunterstützung (anstelle der Arbeitslosenunterstützung) an Kollegen, die dauernd in Privat- oder Stadtgärtnereien arbeiten.

44. Düsseldorf. Zur Bestreitung der örtlichen Ausgaben werden 15% der Gesamteinnahmen am Orte behalten, wo Beamte tätig sind 10% (im § 21 des Statuts anbringen.)

45. Essen (Ruhr). Daß der § 4 dahin umgeändert wird, daß der Krankengeldzuschuß nicht nach 8 Tagen, sondern vom 3. Tage der Arbeitslosigkeit gezahlt wird, und zwar nach mehr als 14 tägiger Krankheit um 3 Mark pro Woche zu erhöhen.

46. Essen (Ruhr). Die Generalversammlung möge beschließen, den § 5 des Unterstützungsreglements dahin umzuändern, daß die Arbeitslosenunterstützung direkt vom ersten Tage der Arbeitslosigkeit ausgezahlt wird.

47. Essen (Ruhr). Daß die Mitglieder berechtigt sind, nach einer mehr wie 2 wöchentlichen Krankheit, Arbeitslosenmarken zu kleben.

48. Frankfurt a. M. Die Orte, an denen Beamte stationiert sind, sind berechtigt, 15% der Einnahmen zur Bestreitung der laufenden Ausgaben am Orte zu behalten.

49. Frankfurt a. M. Es darf kein Mitglied Unterstützung erhalten, wenn es durch eigenes Verschulden mit seinen Beiträgen länger als 2 Wochen im Rückstande ist.

50. Frankfurt a. M. Nach 104 wöchentlichen Beitragsleistung erhalten die Mitglieder der II. und III. Kl. einen Krankengeldzuschuß von 3,00 Mk. die Woche. Ledige nur bei Krankenhausverpflegung. Beitragsmarken sind während der Krankheit nicht zu kleben, sondern treten an deren Stelle Arbeitslosenmarken.

51. Hamburg. Dem Streikreglement ist der Beschluß des Hauptvorstandes vom 11. 1. 1909 einzufügen. Die Zahl der Streikkomiteemitglieder beträgt je nach Größe des Orts bzw. Ausdehnung des Lohnkampfes 3 bis höchstens 5 Mitglieder. An Entschädigung wird die fällige Streikunterstützung und extra 50 Pf. pro Tag gezahlt. Die Leitung des Streikkomitees hat der örtliche Vorstand.

52. Hamburg. Rückständige Beiträge werden von der Streikunterstützung in Abzug gebracht.

53. Hamburg. Über Unterstützungen bei Aussperrungen sind besondere Bestimmungen zu treffen.

54. Hamburg. Länger als 13 Wochen findet eine Stundung der Beiträge nicht statt.

55. Hamburg. Mitglieder, welche länger als 13 Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstande sind, können nur nachzahlen, wenn sie innerhalb der nächsten 2 Monate keinerlei Unterstützung und Rechtsschutz beanspruchen. Es ist ein entsprechender Vermerk im Mitgliedsbuch zu machen.

56. Hamburg. Die Erhöhung der Beiträge in den einzelnen Orten unterliegt der Genehmigung des Hauptvorstandes.

57. Hamburg. Bei allen örtlichen Beitrags-erhöhungen ist eine Urabstimmung vorzunehmen. Angenommen gilt die Erhöhung nur dann, wenn $\frac{2}{3}$ aller Stimmberechtigten dafür stimmen.

58. Hamburg. Reiseunterstützung wird wie Arbeitslosenunterstützung vom 8. Tage der Arbeitslosigkeit gezahlt.

59. Hamburg. Der Grundbeitrag von 35 Pf. bleibt bestehen. Die Art der Abführung der Hauptkassengelder bleibt wie bisher. Von dem Eintrittsgeld sind 40 Pf. an die Hauptkasse abzuführen. Das Eintrittsgeld von weiblichen Mitgliedern ist voll abzuführen.

60. Hamburg. Tritt die Arbeitslosigkeit am Wochenschluß ein, so ist der erste Unterstützungstag der Mohtag. Der erste Sonntag wird als Warte-tag nicht gerechnet.

61. Hamburg. Ist ein Mitglied auf Reisen und erhält Reiseunterstützung, so ist die Reiseroute vorzuschreiben. Das Mitglied hat alle Orte, wo Zweigvereine sind, zu berühren und nach Arbeit beim Vorstand vorzufragen. Diese Meldung ist zu bescheinigen. Erhält das Mitglied Arbeit nachgewiesen und nimmt die Stellung ohne Grund nicht an, so ist die Unterstützung auf die Dauer der Reise zu entziehen.

62. Hamburg. Die Unterstützungssätze wie auch die Dauer sind in den ersten Jahren herabzusetzen und in den späteren Jahren zu erhöhen. Nach folgender Skala:

Nach einer Beitragsleistung von Wochen	Dauer der Bezugszeit Tage	Summe pro Tag Mk.	Summe pro Woche Mk.	Summe pro Jahr Mk.
52	21	0,75	5,25	15,75
104	28	0,75	5,25	21,—
156	28	1,—	7,—	28,—
208	35	1,—	7,—	35,—
260	35	1,25	8,75	43,75
312	42	1,25	8,75	52,50
364	42	1,50	10,50	63,—
416	56	1,50	10,50	84,—

Hat ein Mitglied die ihm zustehende Summe voll erhalten, so kann es erst nach 52 wöchentlichen Beitragsleistung Unterstützung erhalten. Es rückt dann in die ihm zustehende Jahresklasse ein.

63. Leipzig. Die Vorlage des H.-V. zum Unterstützungsreglement gutzuheißen unter folgenden Änderungen:

64. Leipzig. Die Tagesunterstützungssummen in Klasse II nicht über 1 Mk. nach mehrjähriger Mitgliedschaft zu erhöhen.

65. Leipzig. In Klasse III die Unterstützungssätze pro Tag auf 1 Mk. herabzusetzen und dafür die Zahl der Bezugstage zu erhöhen. Die Endsumme der Gesamtunterstützung soll sich mit der Vorlage des Hauptvorstandes decken.

66. Leipzig. Die Streikunterstützung soll in der Vorlage des Haupt-Vorstandes in Klasse I um 2 Mk., in Klasse II und III um je 1 Mk. pro Woche erhöht werden.

67. Mannheim. § 9 soll einen Zusatz erhalten, demgemäß ledigen und verheirateten Mitgliedern der Krankengeldzuschuß gewährt wird, insofern andre Vergütungen nicht stattfinden.

Lohnbewegungen und Streiks.

68. Frankfurt a. M. Anstelle der 11stündigen Arbeitszeit in einzelnen Branchen ist in Zukunft eine Höchstarbeitszeit in der Gesamtgärtnerei von 10 Stunden zu erstreben, und wird der Hauptvorstand wie auch die Bezirksleitungen verpflichtet, in dieser Beziehung mehr als bisher aufklärend zu wirken.

69. Hamburg. Ähnlich wie bei Lohnbewegungen sind Orte, wo große Arbeitslosigkeit und Überfüllung herrscht, zu sperren im Einverständnis mit dem Hauptvorstand und der Bezirksleitung. Zu-reisende Mitglieder erhalten hier keine Unterstützung. Wenn nach Orten, die überfüllt sind, Stellen von andern Nachweisen gemeldet werden, so kann den Arbeitslosen die Reise bis zu 7 Mk. gezahlt werden. Diese ist von der Unterstützungssumme in Abzug zu bringen. Lehnt ein Mitglied dies ab, so wird ihm die weitere Unterstützung entzogen, wenn seine Ablehnung nicht gerechtfertigt ist. Hier sind nähere Bestimmungen zu treffen.

70. Leipzig. Zum § 4 des Streikreglements: Die Anmeldefrist von Lohnbewegungen und Streiks ist von 3 Monaten auf 1 Monat herabzusetzen.

Internationale Gärtnerorganisation.

71. Rostock. Generalversammlung wolle beraten, ob es angängig und zweckmäßig ist, in kommender Zeit eine internationale Gärtnerkonferenz einzuberufen.

Statutenänderung und sonstige Anträge.

a) Statut.

72. Düsseldorf. Im § 4 Zeile 5 des Statuts nach dem Worte „Zeit“ einschalten: „von der Organisation“. (Redaktionelle Änderung.)

73. Hamburg. § 19 des Statuts: „Der älteste Revisor jeden Zweigvereins erhält jedesmal am Quartalschluß einen Nachweis über die am Orte vorhandenen Wertbestände“.

74. Leipzig. Zum § 29 des Statuts hinter dem Wort „Ausschuß“ hinzuzufügen: und der Bezirksvorstände der 6 Agitationsbezirke.

75. Hamburg. Eine außerordentliche Generalversammlung kann der Hauptvorstand in Gemeinschaft mit dem Ausschuß und den Bezirksvorständen einberufen.

76. Barmen-Elberfeld. Seite 14, § 29, die ersten vier Zeilen streichen und folgende Fassung geben: In besonders dringenden Fällen kann eine außerordentliche Generalversammlung ein-

folgern, so möchte ich bemerken, daß wir beide im Interesse der Gesamtheit das Kriegsbeil begraben haben.) Ist man erst auf diese Art eingedrungen in die Schätze der Kunst, hat man sich den Weg erst gebahnt, so wird man sich bald in dem Reiche des Geistes selbst zurecht finden. Unsre Sinne vervollkommen sich immermehr; Schönheiten werden wir aufnehmen, an denen wir sonst achtlos vorübergingen. Wir werden also wachsen, schlummernde Kräfte werden zum Leben erweckt. Und das ist ja das Ziel unsres ganzen Kampfes. Es ist klar, daß wir bei besseren wirtschaftlichen Verhältnissen diesem Ziele in schnellerem Laufe zustreben könnten. Deshalb dürfen wir auch, sobald sich uns Gelegenheit bietet, die Verbesserung unsrer wirtschaftlichen Lage nicht aus dem Auge lassen. Wir haben aber mehr Glück in der Agitation, fernstehenden Berufsgenossen gegenüber, wenn wir auf die direkte geistige Ausbildung der Mitglieder innerhalb der Organisation hinweisen können. Um also stark zu werden, müssen wir die Zeit, in der wir keine Lohnbewegungen haben, zu unsrer geistigen Ausbildung, zur Erringung einer moralischen Kraft und zur Agitation verwenden.

Feiger Gedanken
Bängliches Schwanken,
Weibisches Zagen,
Angstliches Klagen
Wendet kein Elend,
Macht dich nicht frei.

Allen Gewalten
Zum Trutz sich erhalten,
Nimmer sich beugen,
Kräftig sich zeigen,
Rufet die Arme
Der Götter herbei.

(Goethe).

— Die Gegensätze berühren sich wieder einmal — wenigstens zeitlich! Antipodenhaft voneinander verschiedene Personen lenken das allgemeine Interesse gleichzeitig auf eine und dieselbe Materie. Der Tod des einst häufig genannten Grafen Perponcher, des vieljährigen Oberhofmarschalls bei Kaiser Wilhelm I., weckt Erinnerungen aus Jahrzehnte zurückliegenden Epochen der deutschen Geschichte. Das gleiche tut der einen Tag vor Perponchers Ableben erfolgte heftige Angriff des sozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Frank auf Friedrich Wilhelm IV. und Wilhelm I. bei Beratung des Militäretats. Die Behauptung des sonst ruhigen und übrigens klugen, vielseitig gebildeten Mannheimer Rechtsanwalts, beide preußischen Könige hätten die Verfassung gebrochen, hat ein lautes Echo in der Presse geweckt. Sicher ruft sie auch den Wunsch nach näherer Kenntnis der damit berührten Verhältnisse bei vielen wach, die sich bisher wenig mit derlei Lektüre befaßt haben oder ihre Kenntnisse davon wieder auffrischen möchten. Solchem Verlangen in unsern eigentlichen Zeitaläufen: mit Kriegsgefahr und Kriegsrüstung, da die Militärdelatten im Reichsparlament ohnehin manchen an die preußische Konfliktzeit erinnert haben mögen, kommt grade zur rechten Zeit die Franck'sche Verlagshandlung in Stuttgart recht willkommenerweise entgegen durch Veranstaltung einer billigen Volksausgabe ihrer vor wenigen Jahren auch in unserm Blatte mit Anerkennung erwähnten, vortrefflichen „Illustrierten Geschichte des preußischen Hofes . . . bis zum Tode Kaiser Wilhelms I.“ War schon der Preis der zwei-bändigen Ausgabe mit Mk. 18,50 sehr niedrig zu nennen, so erscheint die um keine Silbe und nicht um ein Bild gekürzte, wohlfeile neue Ausgabe in einem stattlichen und geschmackvollen Bande von über 950 Seiten Großoktav mit Hunderten von Bildern und Faksimiles bei 10 Mk. gradezu beispiellos billig. Das ist im Interesse aller, die sich Kenntnis

der deutschen Geschichte und Politik mit der Möglichkeit, aus deren Einst das Jetzt besser verstehen zu lernen, durch angenehme, fesselnde Lektüre verschaffen wollen, überaus erfreulich, anerkennenswert und unterstützungswürdig.

Johannisnacht.

Feuer leuchten aus der Höh'
In des Tales Tiefen —
Mächtige Schauer werden wach,
Die Jahrtausend schliefen.

Ein Erinnern uns durchlebt
Leis und traumbefangen —
Längst versunkne Götter sind
Durch die Nacht gegangen.

Heiligen Urväter-Brauch
Gilt es heut zu ehren —
Aus den knisternden Flammen raunt.
Es von alten Mären.

Nimmer soll die dunkle Nacht
Nehmen uns gefangen —
Deutschen Herzen gab nach Licht
Baldur das Verlangen!

Drohet Euch der finstre Bann
Von des Lichtes Schergen,
Dann brennt Baldurs Feuer an,
Brüder, auf den Bergen!

Rudolf Greinz („Jugend“ 1905 Nr. 26).

berufen werden, und hat zu diesem Zwecke der Hauptvorstand eine Abstimmung anzuordnen und entscheidet die Zweidrittel-Mehrheit.

(Als weitere Anträge kommen in Frage die aus den Verhandlungen über die Punkte 3, 4 und 5 der Tagesordnung sich ergebenden Beschlüsse sowie die zu diesen Punkten gestellten Anträge, die dabei noch nicht ihre Erledigung finden sollten.)

b) Unterstützungs-Reglement.
Hier gilt ebenfalls das soeben Gesagte.

c) Streik-Reglement.
Ebenso hier.

d) Geschäftsordnung
für die Agitationsbezirke.

77. Frankfurt a. M. In der Geschäftsordnung für die Agitationsbezirke § 3 Abs. 1 soll es heißen: Die ordentlichen Beiträge zum Agitationsbezirk bestimmt die regelmäßig stattfindende Konferenz.

Sonstige Anträge.

78. Coblenz. Schärfere Bekämpfung der Lehrlingszücherei durch Herausgabe eines geeigneten Flugblattes.

79. Düsseldorf. Beamte der Organisation dürfen nur mit beratender Stimme als Delegierte zur Gen.-Vslg. gewählt werden.

80. Frankfurt a. M. Die Gen.-Vslg. wolle beschließen: Beamte dürfen kein Mandat übernehmen und haben nur beratende Stimme.

81. Hamburg. Zum Gewerkschaftskongress wird nur ein Delegierter gewählt. Derselbe wird auf der Gen.-Vslg. gewählt. Das Mandat gilt von einer Gen.-Vslg. zur andern.

82. Frankfurt a. M. Aus notwendigen Sparsamkeitsrücksichten sollen die Diäten wie folgt geregelt werden: Delegierte erhalten für unvermeidlichen Lohnausfall eine Vergütung und zwar: Ledige 4 Mk. und Verheiratete 5 Mk. den Tag. An Spesen erhalten sämtliche Delegierte sowie Beamte 4 Mk., und wenn übernachten notwendig ist, 6 Mk. den Tag.

83. Düsseldorf. Die örtlichen Verwaltungen haben die Pflicht, in den Mitgliederversammlungen Vorträge belehrenden und aufklärenden Inhalts über die sozialen Schäden des Alkohols zu veranstalten.

84. Dresden. Die Generalversammlungen des A. D. G. V. finden, so lange die Organisationsverhältnisse sich nicht wesentlich geändert haben, in Berlin statt.

85. Hamburg. Die Generalversammlung findet alle 3 Jahre in Berlin statt.

Wahlen.

86. Coblenz. Die Gen.-Vslg. möge beschließen, daß die Aufbesserung der Gehälter unserer Beamten so lange ruht, bis der Bestand der Hauptkasse die Summe von 30 000 Mk. erreicht hat, um so mehr Gelder für Kampfeszwecke zu gewinnen.

87. Dresden. Anträge auf Erhöhung der Gehälter der Angestellten des A. D. G. V. müssen wie alle andern Anträge rechtzeitig gestellt und im Organ veröffentlicht werden. Bei der Abstimmung darüber haben sich die als Delegierte anwesenden Beamten ihrer Stimme zu enthalten.

Organisationsfragen.

VIII.

Die verschiedensten Vorschläge sind gemacht worden, um die Agitation unter den Herrschafts-, bezw. Privatgärtnern (Villen- und Gutsgärtnern) intensiver zu betreiben. Daß die Gründung von Sektionen in den größeren Städten von Vorteil ist, gebe ich zu. Aber ich bin entschieden dagegen, hiervon die Gehilfen auszuscheiden, weil hierzu kein ersichtlicher Grund vorliegt. Von den Obergärtnern solcher Privatstellen, wo noch Gehilfen beschäftigt werden, kommen für uns so wenig in Betracht, daß diese nicht ausschlaggebend sein können. Und so schrecklich, wie Kollege Treumann sich die Sache ausmalt, ist sie denn doch nicht. Ich bin mehrere Jahre in der Handelsgärtnerei in leitender Stellung tätig gewesen, und ich bin mit meinen organisierten Mitkollegen in dieser Beziehung sehr gut ausgekommen, ohne daß die sog. Autorität flöten ging. Auch daß die älteren Kollegen mit den jüngeren in der Versammlung nicht zusammen sitzen wollen, kann hierfür als Grund nicht gelten, weil einerseits auch unter den selbständigen Privatgärtnern ein ganz Teil jüngerer Kollegen sind, und andererseits die Landschaftsgärtner doch auch wohl zum großen Teil zu den älteren Kollegen zählen. So, wie ich den Kollegen jeder Branche das Recht zugestehe, ihre besonderen Brancheangelegenheiten in besonderen Brancheversammlungen zu erörtern, so auch den Privatgärtnern, die Gehilfen nicht ausgenommen.

Bezüglich der Beitragsfrage bin ich der Ansicht, daß auch hier keine Ausnahme für die Privatgärtner am Platze ist. Eine beliebte Ausrede der Privatgärtner ist, daß der Beitrag zu hoch sei, weil sie gar keine Unterstützung beziehen. Obschon dieser Einwand an und für sich wenig stichhaltig ist, so fällt er jetzt gänzlich zusammen, da den Privat- und Stadtgärtnern in Zukunft die Arbeitslosenunterstützung in Form von Krankengeld zugute kommen soll. Die Erfahrung wird auch lehren, daß hierbei die Privatgärtner nicht am schlechtesten fahren. Wenn die Rückständigkeit dieser Kreise hier ins Feld geführt wird, so trifft dies nur zum Teil zu, da so mancher von diesen Kollegen schon einmal in unsern Reihen gestanden hat. Daß die Gutsgärtner einen niedrigeren Beitrag zahlen, ist berechtigt, weil diese Kollegen auch fast durchweg schlechter entlohnt werden. Im übrigen ist auch unter den Privatgärtnern nur durch tatkräftige Agitation und Aufklärung über ihre Lage etwas zu erreichen. Wo dieses versagt, nützt auch keine „Extra-Wurst“.

Bezüglich der Verhältnisse im 5. Agitationsbezirk bin ich im Gegensatz zu dem Kollegen Fuchs der Ansicht, daß der jetzige Zustand nicht aufrecht erhalten werden kann, weil die Belastung für die Hauptkasse zu groß ist. Die Aufwendungen, die außer den Beamten noch für den Bezirk gemacht werden, lassen sich auch wohl in Zukunft nicht vermeiden, bleibt also weiter nichts übrig, als einen Beamtenposten aufzuheben. Quedlinburg, Magdeburg, Halle usw. könnten ebensogut von Berlin bearbeitet werden, und für den übrigen Teil dürfte ein Beamter genügen. Der Sitz des Bezirks müßte dann allerdings wieder nach Dresden verlegt werden, weil dort ohne Beamten nicht auszukommen ist.

Nach dem jetzigen Stande der Mitgliederzahl und der Entwicklung der letzten Jahre ist nicht anzunehmen, daß die zwei Beamten sich in absehbarer Zeit rentieren. Darum ist es besser, sobald wie möglich diesen Zustand zu beseitigen. Es wäre wünschenswert, wenn sich auch die zunächst Beteiligten einmal zu dieser Sache äußern würden.

Wilh. Huhnholz, Groß-Lichterfelde.

Zum Ausbau unsres Beitrags- und Unterstützungswesens.

VI.

Den Kollegen, welche die Entwicklung der Organisation und die Abrechnungen der Hauptkasse kritisch verfolgten, war es schon längst klar, daß dem Hauptvorstand mehr Mittel flüssig gemacht werden müssen, aber nur zu dem einen Zweck, den Verband kampffähig zu halten.

Zwei Wege stehen uns dafür offen: 1. Die Erhöhung des Grundbeitrags, 2. Die Reform der Unterstützungseinrichtungen. Der erste Weg ist meiner Überzeugung nach gangbar und berechtigt.

Nach der Abrechnung der Hauptkasse für 1908 gingen an ordentlichen Beiträgen für die Hauptkasse ein 62 402 Mk., bei einem Grundbeitrage von 35 Pfg. pro Woche.

Eine Statistik in Nr. 23 d. Ztg. weist nach, daß nur ein verschwindend kleiner Teil der Kollegen diesen Satz bezahlt, während $\frac{9}{10}$ der Mitglieder 40 bis 50 Pfg. pro Woche entrichten. Dadurch ist der Beweis erbracht, daß der Grundbeitrag ohne Zögern auf 40 Pfg. gesetzt werden kann für alle diejenigen, die seither den 35 Pfg.-Beitrag leisteten.

Die seitherigen niederen Klassen können ruhig beibehalten werden, auch dann, wenn ihnen noch Vergünstigungen gewährt würden, die mit den Beiträgen nicht im Einklang ständen.

Eine große Mehrbelastung würde das nicht bedeuten, weil eben die betreffende Mitgliederzahl nie von großer Bedeutung sein wird, andererseits aber das speziell für die jugendlichen Kollegen ausgeworfene Geld sich später reichlich verzinsen würde.

Durch die Erhöhung des Grundbeitrages auf 40 Pfg. werden der Hauptverwaltung aufgrund des Abrechnungssystems 1908 rund 71 312 Mk., also ein Mehr von 8 910 Mk. zufließen. Diese Summe kann bei geordneter Beitragsleistung und durch die Mehrabführung, die der Hauptvorstand wünscht, auf 12 000 Mk. erhöht werden, ohne die örtlichen Kassen wesentlich zu belasten.

Nicht einverstanden bin ich mit dem 45 Pfg.-Beitrag in dem Falle, daß dafür Vergünstigung in Gestalt erhöhter Unterstützungssätze gewährt werden soll. Ich betrachte die Unterstützungseinrichtungen als notwendigen Ballast, um den Durchgangsverkehr durch den Verband aufzuhalten, oder um die Kollegen, die durch die heutige kapitalistische

Wirtschaftsweise in unverschuldete Not geraten, über Wasser zu halten. Dieses wird vollkommen erreicht durch einheitliche Sätze, welche nur abhängig sind von der Zahl der geleisteten Wochenbeiträge oder, um mich idealer auszudrücken, von der Überzeugung der Notwendigkeit der eigenen Mitarbeit bei der gewerkschaftlichen Organisation. Die Ortsverwaltungen werden nach wie vor angewiesen sein, Ortszuschläge zu erheben, wenn sie ihren Aufgaben gerecht werden wollen. Diese Zuschläge, die in der Regel bei uns 5 bis 10 Pfg. pro Woche betragen, sollen rein ideale Leistungen sein, wofür keine Gegenleistung in Gestalt von Unterstützungen gewährt wird. Wenn dieser Grundsatz allgemein anerkannt wird, so ist dadurch für das Gedeihen des Gesamtverbandes mehr erreicht, als durch den erhöhten 45 Pfg.-Beitrag mit seinem Anspruch auf erhöhte Unterstützung.

Die Unterstützungseinrichtungen bedürfen, wie bereits aus angeführtem hervorgeht, nicht der Reform, die vom Hauptvorstand und in letzter Zeit von einer Anzahl anderer Kollegen gewünscht wurde, sondern es muß eine Form gefunden werden, die uns bis zu gewissen Grenzen eine Gewähr dafür bietet, daß unsre Geldmittel, soweit sie aus ordentlichen Beiträgen stammen, in erster Linie sichergestellt sind als Kampffonds.

Wenn wir die Zunahme der Unterstützungssummen kritisch betrachten, so kann man ohne große Bedenken die Anklage erheben, daß eine Anzahl Kollegen vorhanden ist, die den Verband in dieser Frage als melkende Kuh betrachten. Diesem Übelstand entgegenzuwirken muß bei der Reform unsre Hauptaufgabe sein.

Aufgrund des 40 Pfg.-Grundbeitrages möchte ich folgende Staffel für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung vorschlagen:

Beitragsleistung Wochen	Dauer der Bezugszeit	pro Tag	pro Jahr
52 bis 104	14 Tage	1,— Mk.	14 Mk.
104 " 208	20 "	1,— "	20 "
208 " 312	30 "	1,50 "	45 "
312 " 520	40 "	1,75 "	70 "
mehr als 520	60 "	1,80 "	108 "

Die Vorrückung in die höhere Klasse erfolgt nur, wenn die betreffenden Wochenbeiträge wirklich bezahlt sind.

Diese Sätze könnten auch als Krankenunterstützung an diejenigen Mitglieder gewährt werden, die nach mindestens vierjähriger Mitgliedschaft noch keinen Anspruch auf Unterstützung in irgend einer Form gemacht haben. Die Erhöhung der Staffel halte ich für angebracht, weil dadurch mehr zum Ausdruck kommt, daß die Unterstützungen freiwillige Leistungen des Verbandes sind, die man durch dauernde Mitgliedschaft erwerben kann.

Abgeschafft möchte ich die Sterbeunterstützung wissen, die ausbezahlt wird, wenn Angehörige eines Mitglieds sterben.

Die Krankenunterstützung bedarf keiner weiteren Reform; die bis jetzt bezahlten Sätze sind als genügend zu betrachten, womit ich die Anregung zu dieser Frage bei der Arbeitslosenunterstützung nicht außer Kraft setzen will, weil dafür die dort vorgezeichneten Umstände zu berücksichtigen sind, die vielleicht nur für Privatgärtner in Betracht kommen.

Den weiteren Ausbau der Streikunterstützung sollte man, ich möchte sagen muß man, den Ortsverwaltungen empfehlen, welche sie den örtlichen Bedürfnissen anpassen können. Vollständig berechtigt ist der Wunsch des Hauptvorstandes, daß in den Orten, wo Beamte sich befinden, nur 10 % des Grundbeitrages verbleibt. Die betreffenden Orte werden sich wohl nicht ohne weiteres damit zufrieden geben, doch kann ich aufgrund meiner Erfahrung die Behauptung aufstellen, daß die betreffenden Orte bedeutend besser gestellt sind als diejenigen größeren Verwaltungen, die ihre gesamte Arbeit im Nebenamt zu erledigen haben. Von der Generalversammlung erwarten wir, daß es ihr gelingen möge, dem Verband Mittel zu schaffen, damit wir für die Zukunft gerüstet sind, nicht nur finanziell, sondern auch geistig.

Chr. Schäfer, Stuttgart.

VII.

Wenn ich im Nachstehenden zu der Vorlage des Hauptvorstandes Stellung nehme, so muß ich mir vor allen Dingen folgende Fragen beantworten:

1. Ist diese Vorlage so gestaltet, daß der Hauptkasse die so nötig fehlenden Gelder dadurch zugeführt werden?

2. Ist diese Vorlage geeignet, daß man den Kollegen empfehlen kann, dieser zuzustimmen?

Die Frage 1 ist selbstverständlich mit Ja, die Frage 2 mit einem entschiedenen Nein zu beantworten.

Für jeden Kollegen, welcher die Abrechnungen der Hauptkasse genau verfolgt hat, mußte es klar sein, daß es mit dem stetigen Zurückgehen des Kassenbestandes auf die Dauer nicht weiter gehen kann. Es ist eine Stärkung derselben dringend notwendig, soll unsere Organisation den an sie gestellten Forderungen gerecht werden. Jeder einsichtige Kollege, der es mit seiner Organisation ernst meint, muß mir darin zustimmen. Es kann sich nur darum handeln, ob der Weg, den der Hauptvorstand mit seiner Vorlage vorschlägt, gangbar ist. Dieses ist, wie schon gesagt, zu verneinen. Ich halte es für ganz unangebracht, die Finanzen dadurch aufzubessern, daß man erstens den Grundbeitrag von 35 auf 40 Pfg. erhöhen und zugleich die Unterstützungssumme kürzen will. Ich meine, man erhöht entweder den Grundbeitrag und beläßt die Unterstützungssätze in der bisherigen Höhe, oder aber man bleibt bei 35 Pfg. pro Woche und kürzt die Unterstützung dementsprechend.

Es ist wohl unbestritten, daß die Vorlage des Hauptvorstandes eine einschneidende Veränderung resp. Verschlechterung gegen den bisherigen Stand bringt, und sollte es doch wohl noch andre Wege geben, um zum gewünschten Ziel zu gelangen.

Ein Hinweis auf einen andern Weg soll der Zweck dieses Artikels sein.

Da nach der Vorlage des Hauptvorstandes noch etwa 7000 Mk. aufgebracht werden müssen, so empfehle ich, den Grundbeitrag allgemein um 5 Pfg. pro Woche zu erhöhen. Diese 5 Pfg. fließen voll in die Hauptkasse, und erhält dieselbe dadurch ein Mehr von pro Jahr 9000 Mk. Es sind im Jahr 1908 rund 185000 Beitragsmarken umgesetzt, macht zusammen 185000 x 5 Pfg. = 9250 Mark. Es ist dies ein dem Geforderten überschüssendes Mehr von etwa 2000 Mk., und könnte davon ein Teil verwendet werden, um die Bibliothek umfangreicher zu gestalten, oder auch den Zweigvereinen Broschüren zur Agitation (gewerkschaftliche wie auch politische) unentgeltlich zu überlassen. Die Unterstützungssätze bleiben hierbei in der bisherigen Höhe; man könnte aber auch die Bezugsdauer in den ersten beiden Bezugsjahren etwas herabsetzen, und dafür in den späteren Jahren ein höheres Tagelgeld gewähren. Ich denke mir dies folgendermaßen:

Nach Beitragsleistung von Wochen	Dauer der Bezugszeit Tage	Summe pro Tag Mark	Summe pro Woche Mark	Summe pro Jahr Mark
52	25	1,-	7,-	25,-
104	40	1,-	7,-	40,-
156	50	1,-	7,-	50,-
208	60	1,20	8,40	72,-
260	70	1,20	8,40	84,-

Bei meinem Vorschlage könnte die Abrechnung mit der Hauptkasse seitens der örtlichen Verwaltungen dieselbe bleiben wie bisher. Es ist für die Ortskassen immerhin von Vorteil, daß ein genügender Kassenbestand vorhanden ist, sei es entweder zu Beihilfen für Streiks oder auch zu Agitations- oder Bildungszwecken.

Was die sogen. Beitragsklasse I (30 Pfg. Wochenbeitrag) anbetrifft, so ist diese ja nicht von besonderer Bedeutung, doch würde ich hier an Stelle der dreistufigen Tagessätze nur zwei setzen und zwar 60 und 80 Pfg., die Bezugszeit nach 208 Wochen aber auf 42 Tage.

Die geplante freiwillige Beitragsklasse III (45 Pfg. Wochenbeitrag) würde ich gänzlich fallen lassen. Diejenigen Kollegen, die in diese Kasse übertreten, sind meines Erachtens zum größten Teil Landschaftler, die bei der nur kurzen Arbeitsperiode den höheren Beitrag wohl zahlen würden, bei Arbeitslosigkeit aber den Beitrag nicht regelmäßig zahlen können, dementsprechend die höhere Unterstützung auch wenig in Anspruch nehmen. Also lieber weg damit.

Zum Schluß noch einige Worte zur Notunterstützung. Ich möchte hierzu anregen, daß Kollegen, sofern sie länger als 3 Jahre Mitglied sind, und sich um die Organisation verdient gemacht haben, in besonders dringenden Fällen eine Notunterstützung gewährt werden kann, auch wenn dieselben zur Zeit nicht mehr bezugsberechtigt wären. Zu dieser Unterstützung gehört der Nachweis der Bedürftigkeit, und gilt als Höchstsatz 30 Mk. Der Hauptvorstand hat über die Bedürftigkeit und Höhe der Unterstützung zu entscheiden.

Die andern Punkte der Vorlage sind wohl in der angegebenen Form annehmbar, und erübrigt sich ein näheres Eingehen hierauf.

Möge es der General-Versammlung gelingen, Grundlagen zu schaffen für stete Schlagfertigkeit unsrer Organisation.

Paul Lindenblatt, Charlottenburg.

Kirche und Polizei als Helfer der christlichen Gewerkschaften.

Die Vertreter der christlichen Gewerkschaften bezeichnen es stets als Verleumdung, wenn man ihnen nachsagt, daß sie in ihren Organisationen die Geschäfte der Zentrumsparlei besorgen, derjenigen Partei, zu deren Förderung die christlichen Sonderverbände ganz allein gegründet worden sind. Trotz der vielen vorliegenden Beweise leugnen die Herren diese Tatsache beharrlich ab; sie behaupten nach wie vor, daß sie unpolitische, neutrale Gewerkschaften seien, im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften, die in Wahrheit sozialdemokratisch seien. Wie es aber mit der politischen Neutralität und parteipolitischen Passivität der christlichen Gewerkschaften in Wirklichkeit bestellt ist, das mag man wieder einmal aus einem geheimen Dokument erkennen, das vom 4. Juni 1909 datiert und sämtlichen katholischen Pfarrern in Köln, dem Hauptstitz der Zentrumsgewerkschaften, zugegangen ist. Das Zirkular beginnt wie folgt:

„Ew. Hochwürden gestattet sich das Kartell der christlichen Gewerkschaften Kölns folgendes ergebenst zu unterbreiten: Alljährlich ziehen Hunderte von Arbeitern, allein oder mit Familie, in die Großstädte oder deren Vororte. Mit den Gefahren, die ihnen hier in religiöser und sittlicher Beziehung drohen, sind die meisten — namentlich die vom Lande Zuziehenden — unbekannt. Solche Gefahren ergeben sich insbesondere aus dem gedrängten Zusammenwohnen, dem täglichen Verkehr mit Ungläubigen, der kirchenfeindlichen Presse usw. Auf der Arbeitsstelle wird insbesondere seitens der sozialdemokratischen Arbeiter mit allen Mitteln darauf hingewirkt, diese Leute für ihre Ideen zu gewinnen. Da ist es leicht zu verstehen, wenn so viele Zuziehende dem Christentum verloren gehen und in der Sozialdemokratie die wirkliche Vertreterin ihrer Interessen erblicken.“

In dem Zirkular wird dann darauf hingewiesen, daß seit einigen Jahren die katholischen Arbeitervereine „planmäßig die Gewinnung dieser Zuziehenden mit Hilfe der Pfarrer für sich erstreben“. Zu dem Zwecke werde „von den einzelnen Pfarreien den katholischen Arbeitervereinen allmonatlich die Liste der zuziehenden Personen bezw. Familien überlassen.“ Die Kartellkommission wünscht nun, daß für die Folge auch „unsere christlichen Gewerkschaften“ die Listen ausgehändigt würden. Dadurch würden wir in die Lage versetzt, die Zuziehenden durch unsre Vertrauensleute aufsuchen zu lassen und zu versuchen, sie für unsre Sache zu gewinnen. Viele würden so davor bewahrt, der sozialdemokratischen Agitation anheimzufallen, weil sie an unsrer Organisation einen starken Rückhalt finden.

Für den Kenner der Zentrumsgewerkschaften hat es dieser Entlarvung der christlichen Gewerkschaftsführer als parteipolitische Agitatoren nicht erst bedurft. Angesichts der Unverfrorenheit der Herren aber, die selbst sichtbare Tatsachen abzuleugnen pflegen, ist die von ihnen selbst verfaßte Urkunde äußerst wertvoll.

Im übrigen aber offenbart das Schriftstück, welcher Mißbrauch von den Pfarrern mit den Listen der Zuziehenden getrieben wird. Sie erhalten die Namen lediglich zu Zwecken der Kirchensteuer von den Polizeibüros, benutzen sie aber zu klerikalen Agitationszwecken, die ganz allein dem Zentrum zugute kommen und kommen sollen.

Ein Erfolg unsrer Organisation in Nürnberg.

Mit frohem Herzen in der Brust und regenschweren Wolken am Himmel fuhr ich von Würzburg von einer öffentlichen Versammlung nach Nürnberg, in der Erwartung der Dinge, die da kommen sollten. Galt es doch, dieses Mal mit dem Besitzer der Weltfirma Bänisch in Verbindung zu treten, behufs Regelung der Arbeitsverhältnisse in seinem Betriebe. Über die Firma als solche will ich wenig Worte verlieren, denn die ist unter den Gärtnergehilfen sehr wohl bekannt, aber nicht deshalb bekannt, weil die Kulturen etwa großartig sind (dieselben sind weit entfernt davon), sondern bekannt durch die schlechte Behandlung, Wohnung und Bezahlung, die man hier antrifft. Am 14. Juni 1909 fand eine Besprechung mit den acht dort beschäftigten Kollegen statt, und es wurde beschlossen, eine Eingabe an Herrn Bänisch zu richten. Auch der Herr Obergärtner und die Lehrlinge gaben ihr Interesse durch Besuch der Versammlung kund. Folgende Forderungen wurden eingereicht: Für Gehilfen unter zweijähriger Gehilfenschaft 16 Mk.

pro Woche, über zwei Jahre 18 Mk. pro Woche nebst Wohnung und Kaffee, sowie Bezahlung der Überstunden und der Sonntagsarbeit mit 40 Pfg. pro Stunde, wöchentliche Lohnzahlung und Reglung des Sonntagsdienstes dergestalt, daß je drei Mann Dienst haben.

Am Dienstagmorgen unterbreitete ich im Auftrage der Kollegen Herrn Bänisch die Vorschläge. Auf ein Entgegenkommen habe ich im voraus nicht gerechnet, d. h. wenn man eine angebotene Lohnaufbesserung von 2,50 Mk. pro Monat nicht als ein Entgegenkommen rechnen will. Hier mußten stärkere Mittel eingreifen. In einer nochmaligen Besprechung der Gehilfen wurde dieses Zugeständnis natürlich abgelehnt, und es wurde beschlossen, am Mittwochmorgen die Arbeit ruhen zu lassen.

Ein schöner Sommertag war zu erwarten, die Sonne stieg blutrot am Horizont auf, ein freudiges Zeichen, daß auch sie gewillt war, uns zu helfen durch Entsenden ihrer heißen Strahlen. Um 5 Uhr morgens fand ich mich vor der Gärtnerei ein. Nichts rührte sich. Erst gegen 1/6 Uhr steuerten einige zugereiste Kollegen an, um ihre Erfahrung im Postenstehen zu zeigen. Kurz vor 3/46 Uhr kamen auch die Kollegen aus der Gärtnerei heraus. Die Arbeitsniederlegung war also vollständig. Ein dort beschäftigter Hilfsarbeiter wurde bald verständig, jedoch versuchte Herr Bänisch, diesen zur Arbeit zu bewegen, indem er ihm sagte, er solle ruhig in die Baumschule gehen, es sei alles bewilligt, seine Leute ständen nur deshalb draußen, weil ein streikbrechender Schreiner durch seine Gärtnerei gehe. Das letztere stimmte insofern, als die Schreiner in Nürnberg streiken und ein Arbeitswilliger täglich durch die Gärtnerei geht; von einer Bewilligung war aber keine Rede. Auf diesen Irrtum aufmerksam gemacht, konnte der Hilfsarbeiter sofort wieder zur Stelle gebracht werden.

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Kunde, daß bei Bänisch gestreikt werde. Man konnte verschiedene Meister auf dem Stahlroß schmunzelnd vorbeifahren sehen; denn der Ansicht, daß es hier notwendig sei, einmal gehörig aufzuräumen, waren selbst die Kollegen des Herrn Bänisch, und im Innern freuten sie sich darüber. Um 8 Uhr begab ich mich zu Herrn Bänisch ins Büro zwecks einer Unterhandlung. Aber auch dieses Mal ohne Erfolg; denn eine Zulage von 10 Mk. monatlich konnte uns nicht befriedigen. Endlich nach Beendigung der dritten Zusammenkunft, konnte ich den Kollegen ein greifbares und auch annehmbares Ergebnis mitteilen, das auch angenommen wurde. Folgende Vereinbarungen wurden getroffen. (Herr Bänisch erklärte mir auch auf Ehrenwort, die unterschriebenen Bedingungen einhalten zu wollen, um nicht nochmals mit der Organisation in Konflikt zu kommen.)

Die Arbeitszeit beträgt 11 Stunden, von morgens 6 bis abends 7 Uhr mit 2 Stunden Pausen.

Der Lohn wird festgesetzt und wöchentlich nach Arbeitsschluß bezahlt, derselbe beträgt 15 Mk. unter zweijähriger und 17 Mk. über zweijähriger Gehilfenzeit, nebst freier Wohnung und morgens Kaffee.

Überstunden sowie Sonntagsarbeit werden mit 40 Pfg. pro Stunde vergütet.

Jeder zweite Sonntag ist von Samstagsabend um 7 Uhr bis Montagmorgen um 6 Uhr frei. — Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, ebenso wird für ausreichende Sitzgelegenheit und saubere Bettwäsche gesorgt.

Der Erfolg ist auf den ersten Blick nicht groß, jedoch bei näherer Überlegung ist derselbe nicht zu verkennen und kann die Organisation darauf sogar stolz sein. Erstens hat nämlich eine ganz erhebliche Lohnaufbesserung stattgefunden. Das Durchschnittseinkommen eines Gehilfen in der Firma Bänisch betrug im Jahre 600 Mk.; jetzt beträgt es pro Jahr 832 Mk. nebst Wohnung und Kaffee. Für jeden einzelnen Kollegen bedeutet das eine Lohnaufbesserung von pro Woche 3,20 Mk. sowie durch Verrechnung der Monatslöhne in Wochenlöhne abermals 4 Wochen pro Jahr mehr. Ferner wurden früher für Überstunden 13 Pfg. jetzt 40 Pfg. bezahlt. Auch anerkannte Herr Bänisch die Organisation, im Gegensatz zu kleinen Gernegrößen in Nürnberg, die immer „Herr im Hause“ sein möchten.

Die erste Bewegung in Nürnberg ist also mit einem sehr guten Erfolg für die Organisation und die beteiligten Kollegen nach 6 stündigem Streik beendet worden. Ein Beweis mehr, was die Kollegen durch einmütiges Zusammenhalten erreichen können. An den Kollegen aber liegt es, die gemachten Zugeständnisse auch aufrecht zu erhalten. Darum ist es notwendig, fester wie bisher zur Organisation zu stehen und für deren Ausbreitung zu sorgen! —

Am Donnerstag, den 17. Juni fand eine öffentliche Versammlung statt, die von zirka 75 Kollegen besucht war. Nach einem Referat von Rolke wurden abermals 13 Kollegen für die Organisation gewonnen. Den Verlauf des Streiks und die Erfolge wurden von den Versammelten mit allgemeiner Freude begrüßt. J. Rolke, München.

Wohltätige Millionäre.

In der Fachzeitschrift „Möllers Deutsche Gärtnerzeitung“ vom 26. Juni ds. Js. lesen wir folgende Nachricht:

„Ökonomierat Fritz von Dippe in Quedlinburg stiftete aus Anlaß seiner silbernen Hochzeit 50 000 Mark, deren Zinsen für bedürftige Witwen von Beamten, Gehilfen, Handwerkern, Knechten und Arbeitern der Firma Gebrüder Dippe in Quedlinburg, Halberstadt und Neundorf bestimmt sind, sowie 10 000 Mark für arme, würdige Einwohner der Stadt Quedlinburg.“

Dem wohltätigen Spender dieser Stiftungen sind für diese Wohltatsbezeugungen natürlich zahlreiche Anerkennungen zuteil geworden. So wollen auch wir damit nicht kargen. Allerdings befinden wir uns (nicht durch unsre Schuld) in der Rolle der „Dreizehnten“. Vorausgeschickt und erinnert sei, daß der im Jahre 1890 verstorbene frühere Inhaber der Firma Gebrüder Dippe seinen Nachfolgern schon damals ein Vermögen von rund 50 Millionen Mark hinterlassen hat, und daß wir aus den Verwaltungsberichten über die Steueranlage in Quedlinburg nachgewiesen haben,* daß die gegenwärtigen drei Inhaber der Firma der Behörde ein steuerpflichtiges Einkommen von über 4 Millionen Mark angebracht haben. Ein Gewinnergebnis, das pro beschäftigten Arbeiter im Jahre 2000 Mark beträgt (gegenüber Jahresarbeitslöhnen von 400 bis etwa 800 Mark für Arbeiterinnen, Arbeiter und Gehilfen).

Wir erinnern uns beim Lesen der Nachricht im „Möller“ einer gewissen Stelle aus den Werken Heinrich Heines, und zwar aus seinen Briefen „Über die französische Bühne“ (geschrieben im Monat Mai 1837 zu Paris); wir schlugen letztere nach und lasen im vierten dieser Briefe folgendes:

„Ich bin heute bitter, teurer Freund, und verkenne selbst jenen Geist der Wohltätigkeit, den der neue Adel (die Geldaristokratie) mehr als der alte an den Tag gibt. Ich sage: an den Tag gibt, denn diese Wohltätigkeit ist nicht lichtscheu und zeigt sich am liebsten im hellen Sonnenschein. Diese Wohltätigkeit ist bei dem heutigen Geldadel, was bei dem ehemaligen Geburtsadel die Herablassung war, eine löbliche Tugend, deren Ausübung dennoch unsre Gefühle verletzte und uns manchmal wie eine raffinierte Insolenz** vorkam. O, ich hasse die Millionäre der Wohltätigkeit noch weit mehr als den reichen Geizhals, der seine Schätze unter Schloß und Riegel verborgen hält. Er beleidigt uns weniger, als der Wohltätige, welcher seinen Reichtum, den er durch Ausbeutung unsrer Bedürfnisse und Nöten uns abgenommen hat, öffentlich zur Schau stellt und uns davon einige Heller als Almosen zuwirft.“

Wir wissen nicht, ob dem großmütigen Quedlinburger vielfachen Millionär diese Stelle aus den Werken des zitierten deutschen Dichters und Denkers bekannt war. Wir bitten aber den Wohltäter, sie als eine nachträgliche Gabe der „Allgemeinen Deutschen Gärtnerzeitung“ in Empfang nehmen und sie zur Silberhochzeitsfeier in das Familien-Stammbuch eintragen zu wollen. Ihre Arbeiter, die sich in der abstumpfenden Fron noch ein eigenes Denken zu bewahren vermochten, stehen da im Geiste hinter uns, Herr Ökonomierat von Dippe; bitte, vergegenwärtigen Sie sich auch dieses.

Unter dem Schutze des Kartellvertrages?

(Zu den Grenzstreitigkeiten des Gemeindearbeiterverbandes.)

„Die Gewerkschaft“, das Fachorgan des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, beschäftigt sich in ihrer Nr. 26 mit unserm Artikel „Grenzstreitigkeiten vom Gemeindearbeiterverband“. „Die Gewerkschaft“ hält es für angebracht, ihre Ausführungen zunächst mit einer Entrüstung einzuleiten. Was wir geschrieben, sei ein — „grober Verstoß gegen den zur Zeit (zwischen A. D. G. V. und Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter) be-

stehenden Kartellvertrag“. Die übrigen Ausführungen der „Gewerkschaft“ sind auf den Hochmutston gestimmt: „denn ich bin groß und du bist klein“. Was dieses letztere anbetrifft, so wollen wir das lediglich hier feststellen, ohne uns darüber weiter auszulassen; wir sind nicht so eitel, das wir Verlangen trügen, uns ähnlich zu spreizen. Es „reicht dazu wirklich nicht zu“, Herr Kollega Dittmer.

Also einen „Verstoß gegen den abgeschlossenen Kartellvertrag“ sollen unsre Ausführungen darstellen. Mit dünnen Worten heißt das: da jener Kartellvertrag* besteht, sind uns auf alle Zeit die Hände gegen Übergriffe und unberechtigte Expansionsbestrebungen des Gemeindearbeiterverbandes gebunden. Uns, dem A. D. G. V. und uns, der Allg. D. G.-Ztg.; der Gemeindearbeiterverband aber und seine Organe können tun und lassen, was sie mögen. Das wäre eine recht nette Auslegung!

Was jenen Kartellvertrag betrifft, so müssen wir den Redakteur der „Gewerkschaft“, Genossen Dittmer, zunächst berichtigen: 1. Der Redakteur der Allg. D. Gztg. hat jenen Vertrag nicht mit beschlossen, hat diesem vielmehr von vornherein als ungenügend gegenübergestanden; 2. durch die Beschlüsse des letzten Gewerkschaftskongresses ist der Vertrag in wichtigen Teilen gegenstandslos geworden. Welche Teile das sind, erkennt man aus einem Vergleich des Vertrags-Wortlauts mit dem Wortlaut genannter Beschlüsse. Diese Beschlüsse aber sind u. E. grade das Fundament, auf dem neu aufgebaut, bezw. auf dem u. E. ein neuer Vertrag errichtet werden sollte.

Den Artikel „Berufsvereine, Industrieverband, Betriebsorganisation“ in Nr. 21 der „Gewerkschaft“, auf den uns Genosse Dittmer verweist, haben wir nun nachträglich auch noch gelesen; wir finden darin aber nichts, das nicht schon früher von der „Gewerkschaft“ vertreten wäre, Erwägungen, Rückschlüsse und Schlußfolgerungen, die an sich zunächst logisch erscheinen, es im Schlußeffekt aber dennoch nicht bleiben, weil ihr Rahmen zu engbegrenzt ist und weil sie von vornherein auf einen ganz bestimmten Zweck eingestellt wurden: „es kommt darauf an, was man beweisen will“.—

Wir hatten die Absicht, in einem zweiten Artikel ganz positiv die Frage zu behandeln: „Ist ein Gemeindearbeiterverband eine existenznotwendige Gewerkschaft“. Raumverhältnisse nötigen uns aber zur vorläufigen Zurückstellung. Ganz kurz wollen wir aber schon hier sagen, daß wir — im Anschluß an die sonstigen, teils schon dargelegten Grundzüge — eine Gewerkschaft, die die Arbeiter derjenigen Betriebsarten zusammenfaßt, die auch in den Beschlüssen einerseits der Zentralvorständekonferenzen von 1904 und 1909 und andererseits der Gewerkschaftskongreßbeschlüsse von 1908 genannt sind, für notwendig erachten; wir erachten es für notwendig, daß dieser Gewerkschaft auch die Arbeiter von Betrieben der gleichen Art zugeführt werden, wenn und wo diese Betriebe noch in Händen von Privatunternehmern sind. Was darüber, ist aber vom Übel. — Was die notwendige Kampfgeschlossenheit gegenüber der Gemeinde als Arbeitgeberin anbelangt, so ist diese auch mit andern organisatorischen Mitteln zu erreichen, und der Kampfeis fährt dabei u. E. weit besser. — Wir gedenken, wie schon bemerkt, auf den Punkt noch einmal zurück zu kommen. —

Wenn wir der „Gewerkschaft“ den Vorwurf gemacht haben, daß sie gegen die Gewerkschaftskongreßbeschlüsse unverantwortlich geschürt und disziplinwidrig dagegen mobil gemacht habe, so können wir davon, zu unserm Bedauern, nichts zurücknehmen. Hätten wir den Artikel „Berufsvereine, Industrieverband, Betriebsorganisation“ schon vor Niederschrift unsres Artikels „Grenzstreitigkeiten“ gelesen gehabt, dann würden wir uns vielleicht mit noch größerer Entschiedenheit gegen die getadelte Erziehungsmethode gewandt haben; denn wir finden jetzt, daß in diesem Artikel noch besonders scharf gemacht wird gegen die Absätze 4 und 5 der Grenzstreitigkeiten-Resolution des letzten Gewerkschaftskongresses. Grade diese Absätze 4 und 5 sind es aber, die endlich einmal (auch nicht „für alle Zeit“; Genosse Dittmer!) die notwendige Klarheit bringen.

Es war wenig klug, Genosse Dittmer, grade jenen Kartellvertrag hervorzuheben. Der Umstand dürfte jetzt Gelegenheit geben, die Revision dieses Vertrages einzuleiten. Der Referent, der auf der bevorstehenden Gen.-Vslg. des A. D. G. V. über Agitation und Organisation in den Stadtgärtnereien zu reden hat, kommt nun nicht darum, auch diese Frage in seine Erörterungen einzubeziehen.

* Abgedruckt ist dieser im Protokoll der 8. Generalversammlung des A. D. G. V., Seite 58.

Rundschau.

Berlin, den 29. Juni 1909.

Die widernatürliche politische „Ehe zwischen Karpfen und Kaninchen“, wie man den konservativ-liberalen Block im Reichstage genannt hat, ist nun gelöst, endgültig gelöst. Die letzte Entscheidung hat der Konflikt in der Finanzfrage gebracht. Soweit man die neuen Steuern aus den Taschen anderer bewilligen konnte, hielt man noch zueinander. Als das letzte Fünftel aber den eignen Taschen, den Taschen der Besizenden entnommen werden sollte, da kam es zum Reiß; denn es wollte jeder haben, daß der andre sollte zahlen. Die Erbschaftssteuer fiel, und an ihre Stelle setzte nun der neue, der konservativ-klirakale Block Steuern zur ausschließlichen Belastung der Industrie.

Die Erbschaftssteuer, die einzige, den Besitz treffende Steuer in der Regierungsvorlage, ist von dem neuen Block abgelehnt worden. Nun soll Fürst Bülow die neue Finanzreform mit diesem blauschwarzen Block machen. Er läßt verkünden, daß er im nationalen Interesse in diesen sauren Apfel beißen, dann aber sein Reichskanzleramt an den Nagel hängen werde. Mit dem Zentrum also wird Bülow nun die Finanzreform machen, mit demselben Zentrum, das er in den nationalen Wahlen vor zwei Jahren bekriegt hat. Das ist die Ironie an der Sache.

Die christlich-nationalen Arbeitervertreter haben sich bei den Abstimmungen über die Finanzreformvorlage sehr „tapfer“ gehalten. Den indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel haben alle zugestimmt. Nur beim Kaffe Zoll getrauten sie sich nicht recht, da gab nur einer seine Stimme dafür ab: Giesberts. Die andern christlichen Zentrums-Gewerkschaftler (Schiffer, Wiedeborg, Becker, Schirmer) kniffen: sie — enthielten sich der Abstimmung. Und zu den Kneifenden gesellte sich auch der Christlichsoziale Franz Behrens. Aber gegen die Erbschaftssteuer haben die fünf Gewerkschaftler alle gestimmt und damit den Beweis geliefert, daß sie den Besitz nicht antasten wollen.

Gegen die Anmaßungen der Agrarier hat sich im liberalen Bürgertum endlich ein „Sturm der Entrüstung“ erhoben, man ist mit der Gründung eines sogen. neuen „Hansabundes“ auf den Plan getreten, den man als ein wirksames Gegengewicht gegen den „Bund der Landwirte“ zu entwickeln hofft. Leider dürfte es bei den starken Worten verbleiben. Zu Taten, die nur an der Seite der Arbeiterpartei möglich wären, dürfte es kaum kommen; denn in diesem neuen Bunde spielen auch bekannte Scharfmacher (zum Beispiel der Großindustrielle Kirdorf, der schon in der Gründungsversammlung gegen die Sozialpolitik gezetert hat) eine gewichtige Rolle.

Doppelter Schaden für die Arbeiter. Während die Lebensmittelpreise enorm steigen, gehen die Arbeitslöhne zum Teil zurück, sodaß nicht nur die Kaufkraft des Geldes sinkt, sondern auch die zur Verfügung stehende Summe sich verringert. So zeigt das erste Vierteljahr 1909 einen starken Rückgang der Bergarbeiterlöhne im Ruhrrevier. Nach der amtlichen Nachweisung ergibt sich seit dem letzten Viertel der verlassenen Hochkonjunktur folgendes Bild:

	Eigentliche Bergarbeiter (Hauer) 50 Proz.	Sonstige unterirdische Arbeiter 28 Proz.	Arbeiter über Tage 19 Proz.	Durchschnittslohn der Belegschaft
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
4. Viertel 07	6,16	4,15	3,96	4,99
1. „ 08	5,94	4,09	3,89	4,87
4. „ 08	5,77	4,05	3,92	4,76
1. „ 09	5,42	3,94	3,83	4,56

Dieses bedeutende, bei dem enormen Preisstand für Brotgetreide doppelt bedauerliche Sinken der Löhne hat auch bei gleich großer Gesamtbelegschaft die Gesamtlohnsumme erheblich beeinflusst; es betragen:

	Gesamtbelegschaft Mann	Lohnsumme Mk.	Schichtzahl	Schichtlohn Mk.
4. Viertel 07	309 953	123 287 069	80	4,99
1. „ 08	320 435	122 362 054	78	4,87
4. „ 08	335 358	119 766 087	75	4,76
1. „ 09	335 265	109 770 309	72	4,56

In den übrigen Hauptbergbaubezirken Preußens war das Sinken der Bergarbeiterlöhne nicht in diesem Umfange zu beobachten. Im fiskalischen Bergbau des Saarreviers ist der Durchschnittslohn von 4,03 Mk. im vierten Viertel 1908 nur auf 4 Mk. im ersten Viertel 1909 gesunken. Im Wurmrevier ist der Durchschnittslohn noch gestiegen, von 4,54 Mk. auf 4,55 Mk., was natürlich nichts bedeutet. Der Rückgang ist nicht etwa auf einen Mangel an Arbeit zurückzuführen, denn die Belegschaft hat sich noch vergrößert.

* Vergleiche: Allgem. D. Gärtnerztg. 1906, S. 340.

** raffinierte Insolenz = ausgefeimte Unverschämtheit. D. Red.

Unter der Überschrift „Ein Bienenmärchen“ lesen wir in der bekannten Münchner Wochenschrift „Simplicissimus“ folgendes sinnige Gedicht von Edgar Steiger:

Michel, lass doch das Geflücker!
Rede nicht von frei und gleich!
Lumpige 20000 Junker
Sind die Herrn im Deutschen Reich.

Zwischen Maas und Memel wohnen,
Eingerechnet Weib und Kind,
Ueber 60 Millionen,
Die den Herrn leibeigen sind.

Diese 60 Millionen
Sammeln Honig weit und breit
Für die 20000 Drohnen,
Deren Bächlein wohlgedieht.

60 Millionen Bienen
Haben den geheimen Hang,
20000 zu bedienen,
Aber fragt mich nicht: wie lang?

Weiss man doch: in Bienenkörben
Gibt es manchmal einen Putsch.
Hat die Königin einen Erben,
Sind die armen Drohnen futsch.

Sie, die noch vor wenig Wochen
Froh geschmort im eignen Fett,
Liegen morgens totgestochen
Draussen auf dem Fensterbrett.

Dauerts auch noch ein paar Jährchen,
Darum, Michel, kein Verdross!
Glaub' mir: jedes Bienenmärchen
Hat denselben schönen Schluss.

Zur Kenntnis. Unter dieser Stichmarke schreiben die „Mitteilungen des Reformklubs Wiener Handelsgärtner“: „Montag, den 7. Juni, wurde Herr Pawlik, dem Obmann des Fortbildungsvereins der Gehilfen, aus seinem versperrten Koffer seine Dokumente und Korrespondenz gestohlen. Wir bringen diese Angelegenheit mit den fingierten Drohbriefen, Telegrammen, Verwüstungen in Gärtnereien, welche man in einem Wiener Fachblatt auf das Konto der Gehilfen setzte, zusammen, machen uns aber andre Gedanken. Eine nette Gesellschaft! Ob das vielleicht auch christlich genannt wird? Die Saat geht auf — wie wird die Ernte werden — — —?“ — In der Tat: Eine Korruption, wie sie die Verhetzung der Wiener Christlichsozialen gezeitigt hat, ist so leicht nicht überbietbar.

Ein Pensionsversicherungsgesetz für die Privatbeamten ist seit dem 1. Januar ds. Js. im Bereich der österreichischen Monarchie inkraft getreten. Auf dieses Gesetz haben auch die dortigen herrschaftlichen Gärtner manche Hoffnungen gesetzt, sie sind aber zumeist enttäuscht worden, denn das Gesetz erleiht nur Anwendung auf die Bediensteten mit Beamtencharakter, sowie überhaupt auf bedienstete Personen, die „ausschließlich oder vorwiegend geistige Dienstleistungen zu verrichten haben“. Hierdurch sind nun mindestens 90 Prozent der Gärtner unten durchgefallen. In der letzten Nummer der „Allg. Gztg.“ (Wien) klagt dieserhalb ein Schloßgärtner sein Leid.

Über die Lage der Schloßgärtner in Österreich gibt das Klagedeal des eben erwähnten Schloßgärtners auch einigen Aufschluß. Wir lesen da nämlich: „Mein Vorgänger war 38 Jahre hier, wurde dann gebrechlich und konnte seinen Pflichten nicht mehr nachkommen. Von dem Gehalt von 400 Kronen und kleinem Deputat, kaum für zwei Personen, konnte er sich nichts ersparen. Da ihm die Pension verweigert wurde, so hat er Selbstmord begangen.“ Das ist ein Streiftucht auf die Lage der österreichischen Privatgärtner. Damit nicht der Vorwurf erhoben werden kann, es handle sich hier um eine „erfundene Geschichte“, sei der Ort des Vorgangs mitgeteilt: Schloßgärtnerei in Meires, Post Windigsteig, Niederösterreich.

Ein tüchtigen anständigen Gärtnergehilfen sucht im Gen.-Anz. f. Frankfurt a. M. (23 Juni) die Freiherrl. von Riedesel'sche Gartenverwaltung in Stockhausen (Hessen). Als Lohn bietet sie 25 Mark monatlich nebst freier Station. „Kost am Gesindestisch“ heißt es dann noch ausdrücklich. Wo mag da nur erst ein untüchtiger Gehilfe beköstigt werden?, vielleicht mit dem lieben Vieh zusammen?

„Tüchtige Gehilfen bekommen überall und jederzeit Arbeit“, so sagen uns unsere Arbeitgeber immer. Nun lesen wir in den „Kieler Neueste Nachrichten“ folgendes Inserat:

Gärtner,

ledig, praktisch, tüchtig in Landschaftsgärtnerei, Baumzucht, Gemüsebau, Binderei und Dekoration, mit Ia Empf., sucht Stellung. Weil auch sonst tüchtiger, praktischer Mensch, federgewandt und Zeichner, anderweit einträgl. Posten beim Grosskfm., Unternehmer, Terraingesellsch. p.p. Gefl. Off. N. 1940 Kiel. Nst. Nehr.

Wir zweifeln nicht, daß der hier Stellesuchende eine Stellung im Berufe nicht erhalten hat. Solche Leute sind unsern Arbeitgebern ja zu teuer.

Korrespondenzen.

Cannstatt. Mit Blindheit geschlagen! Es war am Montag, den 17. Mai, im Jahre Eintausendneunhundertundneun, als in Feuerbach bei Stuttgart eine Bezirksversammlung des A. D. G. V. einberufen war. Durch ein ungütiges Geschick kam ich als Referent anstatt um 8 1/2 Uhr erst um 9 Uhr in das Versammlungslokal und war nicht wenig erstaunt, eine größere Anzahl unbekannter Gesichter zu sehen. Erstaunt war ich deshalb, weil ich weiß, daß die Feuerbacher Unternehmer „ihren“ Gehilfen einfach jeglichen Versammlungsbesuch verbieten! Die Gehilfen lassen sich das ruhig gefallen!

An einem Ende des Lokals war ein langer Tisch dicht mit Kollegen besetzt, und in meiner unbezähmbaren Neugierde frug ich diese, in welcher Firma sie beschäftigt seien. Verdutzt sahen mich elf Mann an und stellten sich taub. Was war das!? Und meine innere Stimme frug bebend und resigniert: „Der Geist eines Karl Faiß?“

Ich kann nicht sagen, daß ich ungern rede, aber an diesem Abend kostete es mich einigen Kampf, das zu sagen, was ich auf dem Herzen hatte. Die Gesichter dieser Elf ließen keinen Zweifel darüber, daß bei ihnen alles Reden keinen Wert hat. Ihnen, so taten sie wenigstens, konnte Keiner! Das Referat wurde aber doch gehalten. Nach dessen Beendigung trat lautlose Stille ein, die erst durch das Dazwischentreten des Vorsitzenden, der einige Vorkommnisse aus allerletzter Zeit erwähnte, unterbrochen wurde.

Jetzt kam Leben in die Bude. Unsern Lesern ist einiges aus der Firma Faiß schon bekannt und „Held“ Schönperle erschien selbst, scheinbar, um sich zu rehabilitieren. Als erster „Redner“ trat ein gewisser Kann auf, um zu erklären: „Wir sind nicht gekommen, um der Organisation beizutreten, sondern die Interessen der Firma Faiß zu wahren.“ Auch Herr Schönperle machte seinem gepreßten Herzen, durch nichts weniger als geistreiche Zwischenrufe, Luft. Und als er mit unbeschreiblicher Miene die Frage hervorwürfte, was denn der Referent machen würde, wenn er von einem Kollegen mit dem Messer bedroht würde, mußte ihm dieser sagen, daß er stets mit seinen Mitarbeitern gut ausgekommen sei und er infolgedessen mit diesen auch keine Keilereien gehabt habe. Zudem müsse doch ein „Obergärtner“ soviel Autorität genießen, daß ein junger Mann, das was Schönperle behauptet, nicht tut.

Die unter Vormundschaft von Faiß, Kann und Schönperle stehenden jungen Kollegen redeten kein Wort. Das besagt genug!

„Wir sind gekommen, um die Interessen der Firma zu wahren.“ Dieser Ausspruch charakterisiert so recht den Geist widerlicher Vasallen. Solche Leute sind ganz nach dem Wunsche eines Pilz, Faiß und Genossen. Wir haben die Namen dieser Beiden vor allem deshalb genannt, um sie den Scharfmachern in gegebenem Falle in angenehme Erinnerung zu bringen. Auch solche Leute verdienen eine gewisse Berühmtheit, besonders dann, wenn sie sich eine solche nicht selbst verschaffen können.

Die Interessen der Arbeitgeber wahren! Als ob unsre Unternehmer nicht selbst Manns genug wären, ihre Interessen zu schützen! Es ist einfach unglücklich, daß es noch Leute von solchen Anschauungen gibt. Aber das alte Sprichwort: „Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber“, kommt hier wieder zu trauriger Berühmtheit.

Dann noch eine Frage: Wie verhält es sich denn, meine Herren Faiß und Schönperle, mit dem gerichtlichen Austrag der angeblichen Bedrohung mit dem Messer? Soll es wahr sein, was man sich in Stuttgart erzählt, nämlich, daß Herr Faiß persönlich auf dem Polizeirevier erschien, um — na ja — die Sache gütlich beizulegen. Meines Wissens hat bis heute noch keine Zeugenvernehmung stattgefunden. Die Sache wird, allerdings nicht in unserem Interesse, im Sande verlaufen! Und die Moral — ?! Eugen Kaiser.

Hamburg. Krankenkasse für deutsche Gärtner. Der Hauptvorstand der K. f. d. G. richtet an die örtlichen Vorstände der Kasse Ende März ds. Js. ein Zirkulärschreiben, das u. a. folgende Anweisung enthält.

„Während des langen Winters wurde die Hauptkasse ganz außerordentlich in Anspruch genommen und hat dieselbe nahezu 50000 Mk. an die Verwaltungsstellen als Zuschuß senden, dementsprechende Summen von dem zintragenden Kapital abheben müssen. Um für das nächste

Jahr eine Erhöhung des Beitrages zu vermeiden, ist es durchaus notwendig, daß die Krankenkontrolle, namentlich in den Großstädten, auf das Gewissenhafteste ausgeführt wird, damit nur wirklich Kranken Unterstützung zuteil wird. Ferner ist darauf zu achten, daß die Ärzte nicht zu häufige Besuche bei den erkrankten Mitgliedern machen und vor allen Dingen nicht zu kostspielige Heilmittel verordnen.“

Allgem. Deutscher Gärtnerverein.

Berlin N. 37, Metzger Strasse 3. Fernsprecher Amt 3, 5383

Vorsitzender: Georg Schmidt.

Bei jedem schriftlichen Verkehr ersuchen wir um deutliche Angabe der Adresse des Absenders. (Name, Ort Strasse und Hausnummer.)

Bekanntmachungen.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag, den 4. Juli der 28.

Wochenbeitrag 1909 für die Zeit vom 4. Juli bis

10. Juli 1909 fällig ist.

— An die Vorstände, besonders die Kassierer der örtlichen Verwaltungen des Allgemeinen Deutschen Gärtner-Vereins!

Wegen der Abfassung des Geschäftsberichtes für die kommende Generalversammlung ist es notwendig, daß nun die Abrechnungen sofort erledigt und an die Hauptverwaltung eingesandt werden. Bis spätestens 15. Juli, besser ist es aber schon bis 10. Juli, müssen die Abrechnungen in unsern Händen sein. Wenn die Abrechnungsformulare später eintreffen, oder wenn die fällige Geldsendung bis zu genanntem Termin nicht eingelaufen ist, kann für die rückständigen Orte das Ergebnis der Abrechnung des zweiten Vierteljahres 1909 bei der Berechnung der Delegierten laut § 27 der Statuten nicht mehr berücksichtigt werden.

Wir ersuchen dringend, Vorhergesagtes zu beachten, dementsprechend zu handeln, damit uns keine unnötige Arbeit entsteht.

— Für das zweite Vierteljahr 1909 haben bis einschließlich 30. Juni abgerechnet: Schwäbisch-Gmünd und Velbert.

— Coblenz a. Rh. Stellennachweis und Unterstützung im „Einhorn“, Kornpfortstraße 18. Nur in besonderen Fällen mögen die Kollegen abends zwischen 7 und 8 Uhr den Unterzeichneten aufsuchen. Während der Arbeitszeit muß Besuch unter allen Umständen zurückgewiesen werden.

Chr. Vogelmann, Vallendar a. Rh.

— Hamburg. Ortsverwaltung Sonntag, den 11. Juli 1909: Besichtigung des Ohlsdorfer Friedhofes. Treffpunkt nachmittags 4 Uhr am Haupteingang des Friedhofes. Für fremde Kollegen Erkennungszeichen: Unsr Zeitung.

Regensburg. Der ehemalige hiesige Schriftführer August Stephan ist mit dem Protokollbuch auf und davon gegangen. Kollegen, die über dessen Aufenthalt etwas in Erfahrung bringen, werden gebeten, dies sofort dem Unterzeichneten mitzuteilen. Stephan gehört auch zu den sog. Pumpgenies, die alle Leute um Geld anpumpen und nichts wieder zurückgeben.

Michael Weber, Regensburg, Restaurant zur Blumenhalle (Galgenberg).

— Dem auf Wanderschaft befindlichen Kollegen Petersen (Mitgl. Nr. 29324) ist sein Reiseunterstützungsbuch abhanden gekommen. Wer diesen vorlegen sollte, um darauf Unterstützung zu erschleichen, dem wolle man den Block sofort abnehmen und dann senden an: Eugen Kaiser, Frankfurt a. M., Stoltzestr. 13—15, Gärtnerbüro.

Inhaltsübersicht zu No. 27.

Einladung zur Ausserordentl. Generalversammlung. — Anträge zur Ausserordentl. Generalversammlung. — Organisationsfragen. VIII. — Zum Ausbau unsres Beitrags- und Unterstützungswesens. VI. VII. — Kirche und Polizei als Helfer der christlichen Gewerkschaften. — Ein Erfolg unsrer Organisation in Nürnberg. — Wohltätige Millionäre. — Unter dem Schutze des Kartellvertrages? — Rundschau: Vom konservativ-liberalen zum konservativ-kerikalischen Block; Erbschaftsteuer getallen; Die christl. Gewerkschaftler im Reichstage; Hansabund; Sinkende Löhne, steigende Lebensmittelpreise; Ein Bienenmärchen; Dokumente und Korrespondenz gestohlen; Pensionsversicherungsgesetz in Oesterreich und die Gärtner; Lage der Schlossgärtner in Oesterreich; Kost am Gesindestisch; Tüchtige Gehilfen verlassen den Beruf. — Korrespondenzen: Cannstatt; Hamburg. — Allgem. Deutscher Gärtnerverein: Bekanntmachungen. — Feuilleton: Etwas vom Tanze; Die Gegensätze berühren sich wieder einmal; Johannisnacht.

★ ★ Anzeigen-Teil. ★ ★

Die viermal gespaltene Pettzeile oder deren Raum kostet 30 Pfg.

Schluß der Anzeigen-Annahme: Dienstags früh.

Für den Anzeigenteil übernimmt die Redaktion nur die gesetzliche Verantwortung.

A. D. G. V.

Ortsverwaltung Hamburg.

Am Sonntag, den 4. Juli 1909 im

Lokal des Herrn Siemers, Klein-Flottbeker Park, in Klein-Flottbek

Gr. Rosen-Fest

verbunden mit

Pflanzenverlosung, Preisregeln u. großer Blumenpolonaise :-:

Anfang 4 Uhr.

Das Fest-Komitee.

Unsere in (1159/27)

Borgsdorf b. Oranienburg

belegenen Ländereien, bestehend aus ca. 25 Morgen Obst- u. Spargelplantagen, ca. 100 Morgen Ackerland nebst einem herrschaftl. Wohnhaus, Gärtner-Wohnhaus, Stallungen, Remisen u. Wirtschaftsgebäuden sind ganz oder geteilt per 1. Juli d. J. unter günstigen Bedingungen zu verpachten. Näheres durch die Neue Boden-Aktiengesellschaft, Berlin N.W., Mittelstr. 2-4, III.

Alle Sorten

Obst, Kartoffel

kauft ständig zu höchsten Marktpreisen Carl Westphal, Altona a. E. (1178/32) Landesprodukte

Welcher Kollege

könnte einem verheirateten Kollegen, Ende 30er — seit 20 Jahren der Organisation angehörend — zum 1. Juli eine annehmbare Stellung als Herrschaftsgärtner verschaffen? Suchender war zumeist als Herrschaftsgärtner in selbständigen Stellungen tätig. Angebote erb. unt. E. J. an d. Geschäftsstelle des A. D. G. V., Berlin, Metzgerstr. 3.

Zur selbständig. Leitung

eines eleganten Blumengeschäfts (frische Blumen)

wird ein fach- und kaufm. gebild. Herr bei hohem Gehalt gesucht, welcher Gelegenheit hatte, Erfahrung in bess. Gesch. zu sammeln. Offerten unt. J. W. 6432 durch Rud. Mosse, Berlin S.W. erbeten. (1179)

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 39. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Finanzmisere. — Politische und nationale Partigruppierungen in Finnland. Von M. Martna. — Zu dem Entwurf einer Reichsversicherungsordnung. Von Gustav Hoch-Hanau. (Schluss). — Der charakterlose Engels. Von K. Kautsky. — Literarische Rundschau: Dr. Ludwig Wassermann, Die deutsche Spiritusindustrie. Von ew. — H. J. Ch. v. Grimmelshausen, Abenteuerlicher Simplicius Simplicissimus. Von K. K. — Georg Simmel, Soziologie. Von G. Eckstein. — Zeitschriftenchau. — Füllungen der Neuen Zeit No. 16 und 17: Goethe am Scheidewege. Von F. Mehring. Volkskunst. Von John Schikowski. Maschinästhetik. Von Joseph Aug. Lux (Dresden). Bücherchau: Ludwig Günther, Die Mechanik des Weltalls. Helene Simon, William Godwin und Mary Wollstonecraft. Ernst Hardt, Tantris der Narr. Jonas Lie, Eine Ehe. Henrik Pontoppidan, Das gelobte Land. Balder Olden, Der Gottverhasste. — Lose Blätter: Von Rom und Römischen. Zur Biographie von Marx.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von Mk. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfg. Von unsern „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben No. 19 des 19. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Krankenversicherung der Heimarbeiterinnen, Landarbeiterinnen und Dienstboten in der Reichsversicherungsordnung. Von Luise Zietz. — Heime für Textilarbeiterinnen. Von Martha Hoppe. — Die Steuerreform der Junker und der Kirche. Von H. B. — Der Londoner Kongress des Weltbundes für Frauenstimmrecht. (Schluss). — Heimarbeiterelend in der Puppenindustrie. Von Else Belli. — Die Proletarier der Giftmütten rühren sich. Von ed. — Aus der Bewegung: Ernst Deinhardt — Von der Agitation. — Bericht der Dresdener Kinderschutzkommission. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizenteil: Dienstbotenfrage. — Kinderarbeit. — Kellnerinnenfrage. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Ganz still zuweilen... Von Cäsar Fleischlen. — Ueber das Betrachten von Bildern. Von Dr. Wilhelm Hausenstein. — Die Vulkane. Von Hannah Lewin-Dorsch. — Die Mutter als Erzieherin. — Feuilleton: Ein nächtl. Rnt. Von Stefan Grossmann. Für unsere Kinder: Spruch. Von Friedrich Rückert. — Aus dem Reiche der Technik. III. Im Hüttenwerk. Von Richard Woldt. — Lied vom Dronenkönig. Von Ludwig Pfau. (Gedicht). — Eine Flossfahrt auf dem Main. II. Das Ploss. Von Heiner Wandt. — Frau Sonne. Von Emma Döhl. (Gedicht). — Die Wichtelkinder. Von Grimm. — Bei Goldhähnchens. Von Heinrich Seidel. (Gedicht).

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pfg., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pfg.; unter Kreuzband 85 Pfg. Jahresabonnement 2,60 Mk.

Bei Bestellungen berufe man sich stets auf diese Zeitung.

Verkehrs-Lokale für Gärtner.

(In dieser Rubrik kostet ein zweizeiliges Inserat pro Vierteljahr 2,50 Mk. (vorausbezahlen). Dafür erhalten die Inserenten regelmässig ein Exemplar der Zeitung zum Aushängen in ihrem Lokal.)

Barmen; Rest. Zur Reichspost von Robert Kämpfer, Unterbarmen, Alleestr. 42. Lok. d. Ortsv. Barmen-Elberfeld. Versammlung jeden 2. Samstag im Monat. (1022) Barmen, Gasthaus zur Stadt Hamburg, Rüdigerstrasse 16. (Wirt: Albert Vogel). Verkehrslokal der Filiale Barmen. Versammlung jeden 3. Samstag im Monat. (1023) Berlin N., Weissenburgerstr. 67. Verkehrslokal. Herberge Stellenausgabe: 11—12 Uhr ebenda. Berlin W., Vorbergstr. 9. Poschmann, Vereinslokal. Gute Speisen. Versammlung jeden Freitag vor dem 15. (1024) Blankensee, Rest. Bernh. David, Dockenhuden. Bahnhofstr. Vers. So. u. L. u. 15. (1025) Braunschweig, Schloßplatzstrasse 3. Zum schwarzen Ross, Verkehrsrl. Vsl. jrl. Sbd. (1026) Charlottenburg, Osanbrückerstr. 30. F. Krull, Verkehrs- u. Versammlunglokal. (1028) Chemnitz, J. Materns unt. Hainstr. 7. Versammlung. Bedarf. Arbeitsnachweis: Witte, Clausstr. 53, I.

Cöln a. Rh., Restaurant Arenz, Weyerstr. 112. Vers. Samstag n. d. 1. u. 15.; daselbst Stellenausgabe u. Unterstützung. (1029) Dresden-A., Ritzenerbergstr. 2 und Marxstr. 13. „Dresdener Volkshaus“, Verkehrsrl. u. Herberge. Dortmund, Ostwall 17. „Zum Blauenhaus“, Inh. Menteler, Verkehrsrl., Herb. u. Stellenn. Verslg. Samstag nach dem 1. und 15. (1030) Düsseldorf, Flingerstr. 40—42, zum gold. Schellfisch, W. Düllberg, gute Küche und Logis, zivile Preise (1031) Elberfeld, Volkshaus, Hombüchlerstr., Verslg. jeden 4. Samstag im Monat. Verkehrslokal der Filiale Elberfeld. (1032) Frankfurt a. M., Schlesinger Eck, Gr. Gallusgasse 2. Zentralverkehr der Gärtner Frankfurts, jeden Samstag Versammlung. (1035) Frankfurt a. M., Nordend, Restaurant Erl, Eckenheimerlandstr. 164. Versammlung Freitag nach dem 1. und 15. (1036) Grunewald, Pein, Hubertusbaderstr. 8. Verk.-Lok. Verslg. Sonnabend n. d. 1. j. M. Gut. Mittagstisch.

S. Kunde & Sohn Dresden Dresden-A. 38, Kipsdorferstr. 106. — Gegründet 1787. — Spezialfabrik für Gartenwerkzeuge. Bekannte erste Qualität. Reelle, zuverlässige Bedienung. Ober tausend freiwillige Anerkennungen sind uns in der neuesten Zeit zugegangen. — Hauptkatalog steht kostenlos und prompt zu Diensten!

Chiffre-Briefe befördert die Expedition nur weiter, wenn die Einsender das Frankatur-Porto beifügen. Die Expedition.

Zum 1. Oktober wird die Stelle des herrschaftlichen

Gärtners

frei. Bewerber wollen Zeugnisse und Ansprüche unter „Gärtner“ an die Verwaltung des Rittergutes

Auerose b. Anklam (1177) einsenden.

Kleine Gärtnerei

23 Ar groß, 20 Min. v. Bahnhof, m. prima Boden ist bei 2000 M. sofort oder später zu 5000 zu verkaufen. Näheres unter 106 an die Expedition dieser Zeitung. (1175)

Tüchtiger verheirateter Gärtner gesucht, durchaus fleißig und im Park sowie Garten-Arbeit bewandert, für dauernde Stellung. Gute Empfehlungen erforderlich. Frau Geheimrat van der Zypen. Cöln-Marienburg. (1173/28)

Verlag des Bibliographischen Instituts in Leipzig und Wien

Meyers Klassiker-Ausgaben

Unübertroffene Korrektheit — Schöne Ausstattung — Eleganter Leinwandeinband

Table listing various books and their prices, including titles like 'Arim', 'Brentano', 'Bürger', etc.

Ausführliche Prospekte sind gratis durch jede Buchhandlung zu beziehen.